

- 3 Entwicklung, Bedingungen und Formen
von Zwangsarbeit im Dritten Reich
Helmut Bräutigam
- 18 Mit den Augen der Imagination.
Zur Gedächtnisgeschichte des Lagers Uckermark seit 1945
Insa Eschebach
- 27 Weiterexistenz trotz Auflösung. »Natzweiler am Neckar«:
Das noch weitgehend unbekannte Schlusskapitel der Geschichte
des Konzentrationslagers Natzweiler
Georg Fischer, Arno Huth und Dorothee Roos
- 37 Veranstaltungshinweise
- 41 Einlage
Programm und Anmeldeformular
Bundesweites Gedenkstättenseminar: 24.–26. September
in Bergen-Belsen: Die Präsentation von NS-Verfolgten
in Ausstellungen und Bildungsarbeit der Gedenkstätten
- 45 Literaturhinweise

Titel: Gedenkstein auf dem Gelände des ehemaligen »Jugendschutzlagers«
Uckermark, gesetzt von der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges
Jugend-KZ Uckermark e.V., 2009. Foto: M. Alexandrin, SBG/MGR 2009.
Siehe auch Beitrag von Insa Eschebach in diesem Heft.

Entwicklung, Bedingungen und Formen von Zwangsarbeit im Dritten Reich

Helmut Bräutigam

Die erzwungene Arbeit von Menschen aus über 20 Nationen und von in Deutschland ausgegrenzten und verfolgten Gruppen war in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts ein beispielloser Vorgang. Ohne den mit brutalen Mitteln durchgesetzten Zwangsarbeitereinsatz hätte die Rüstungsproduktion und damit der Krieg 1942 nicht weitergeführt werden können.

Zum Thema:

Wer war Zwangsarbeiter?

Von wem sprechen wir, wenn wir von Zwangsarbeitern während der NS-Zeit sprechen? Der Begriff leidet unter einer gewissen Unschärfe, sowohl was seine wissenschaftliche, juristische und erst recht populäre Verwendung betrifft. Unter dem Begriff »Zwangsarbeiter« werden heutzutage Gruppen zusammengefasst, die in irgendeiner Weise in ihrer Arbeitsausübung Zwangsmaßnahmen unterworfen waren, im wesentlichen Personen aus dem Kreis der zivilen ausländischen Arbeitskräfte (der »Fremdarbeiter«), der Kriegsgefangenen, der Juden und sog. »Zigeuner«, und der Häftlinge in Konzentrationslagern (und anderen Zwangslagern unter dem Befehl des Reichsführer SS).

Der Begriff »Zwangsarbeiter« mag eingängig sein, umfasst aber Gruppen, die zum Teil nur wenig miteinander zu tun hatten. Denn die genannten Gruppen waren nicht allein sehr unterschiedlichen Rechtsverhältnissen, Arbeits- und Lebensbedingungen unterworfen, sie waren auch in unterschiedlicher Weise Gegenstand nationalsozialistischer Politik und nationalsozialistischer Zielsetzungen gewesen. Auch regelten unterschiedliche Ämter ihren Einsatz im Reich.

Das Spektrum ihrer Lebensbedingungen reicht vom Leben in relativer Freiheit – am Einsatzort mit Privatunterkunft, Facharbeiterentlohnung und passabler Ernährung, ja, auch mit freundschaftlichen Kontakten zu Deutschen –, bis hin zu extremen Ausbeutungsformen ohne jeden Lohn und ohne die längerfristige Möglichkeit der bloßen physischen Reproduktion. Man spricht in diesem Fall auch von der »Vernichtung durch Arbeit«, betroffen waren in diesem Fall vor allem KZ-Häftlinge jüdischer Herkunft.

Wenn im Folgenden trotz der angedeuteten Extreme dennoch bei allen genannten Gruppen von Zwangsarbeitern oder Zwangsarbeit gesprochen wird, so einerseits, weil dieser Begriff trotz seiner Unschärfe in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion eingeführt ist, zum anderen, weil wir nichts besseres haben, zum dritten aber auch, weil bei allen Unterschieden es Gemeinsamkeiten gibt, die es rechtfertigen, all diese Gruppen mit dem Begriff »Zwangsarbeit« in Verbindung zu bringen.

Zu beachten ist: Nicht jeder Kriegsgefangene ist als Zwangsarbeiter zu bezeichnen, auch wenn er zum Arbeitseinsatz im Reich herangezogen wurde und selten seine Arbeit freiwillig geleistet haben dürfte. Nicht jeder Fremdarbeiter – ausländischer Zivilarbeiter – war Zwangsarbeiter, ja, nicht einmal alle KZ-Häftlinge mussten Zwangsarbeit leisten, denkt man an Sondergefangene, Zellengefängnisinsassen u.a. Spätestens mit ihrer Überführung in Ghettos, Arbeitslager und KZ wurden hingegen diejenigen Juden und

»Zigeuner« Zwangsarbeiter, die man bis dahin noch in ihren angestammten Berufen hatte arbeiten lassen.

Trotz allen – vor allem existenziell bedeutsamen – Unterschieden war den genannten Gruppen gemeinsam, dass sie in der Regel keinen oder kaum Einfluss auf Ort, Art, Dauer und Zweck ihres Arbeitsverhältnisses hatten. Sie standen außerhalb der nationalsozialistischen Betriebs- und Volksgemeinschaft. Je niedriger ihr »rassischer« oder ihr politischer Status vom NS-Regime eingeschätzt wurde, desto mehr waren sie der Willkür von Behörden, Arbeitgebern, Vorgesetzten im Betrieb und Lagerführern ausgeliefert, desto weniger partizipierten sie an betrieblicher oder öffentlicher Fürsorge, desto weniger waren sie in der Lage, ihre Interessen zu formulieren und durchzusetzen. Desto mehr waren sie auch Bestimmungen unterworfen, die sie zur Arbeit im und für das Reich nötigten.

Zwangsarbeiter der genannten Gruppen waren rechtlich und sozial Ausgegrenzte: Entweder waren sie – staatsrechtlich – Ausländer, die sich im Machtbereich des Deutschen Reiches befanden (ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene), und/oder sie waren politisch ausgegrenzt (politische KZ-Häftlinge), sozial ausgegrenzt, mit einem biologistischen Unterton (sog. asoziale und kriminelle KZ-Häftlinge, Arbeitserziehungslagerhäftlinge), oder rassistisch ausgegrenzt (deutsche und ausländische Juden, sog. Zigeuner, sog. fremdvölkische Ausländer, Polen, Ukrainer, Weißrussen, Russen).

Mit diesen einleitenden Überlegungen zum Begriff der Zwangsarbeit in der NS-Zeit habe ich schon auf Einiges vorgegriffen, was mit den Entwicklungen, Bedingungen und Formen der Zwangsarbeit in der NS-Zeit zusammenhängt.

Ich will zunächst einen Überblick über die Entwicklung geben, um anschließend die Bedingungen und Formen zu erläutern, unter denen der Zwangsarbeitseinsatz der einzelnen Gruppen verlief. Hierbei werde ich mich auf diejenige Gruppe konzentrieren, die zum einen quantitativ die bedeutendste ist, zum anderen am anschaulichsten zeigt, was Zwangsarbeit war oder bedeuten konnte: auf die Gruppe der zivilen ausländischen Arbeitskräfte, der auch sog. Fremdarbeiter.

Im Herbst 1944 erreichte der Einsatz von Zwangsarbeitern im Deutschen Reich seinen Höchststand. Von den knapp 29 Millionen Arbeitskräften im Deutschen Reich waren rund 6 Millionen zivile Ausländer und 1,9 Millionen Kriegsgefangene. Das entsprach einer Quote von rund 27 Prozent. Also gut jeder vierte bis jeder dritte Arbeitnehmer war zu dieser Zeit ausländischer Nationalität. Hinzu kamen rund 400 000 KZ-Häftlinge (Stand Januar 1945: 700 000), die sich im Zwangsarbeitseinsatz befanden.

Bei den genannten Zahlen handelt es sich um Stichtagszahlen. Betrachtet man den gesamten Zeitraum zwischen 1939 und 1945, so kamen Schätzungen zufolge insgesamt rund 13,5 Millionen zivile Ausländer, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge zum Arbeitseinsatz ins Reich, für kürzere oder längere Zeit. Bei den zivilen Ausländern handelte es sich bei 80 bis 90 Prozent um Zwangsarbeiter, bei den KZ-Häftlingen zu 100 Prozent, die Zahl völkerrechtswidrig eingesetzten Kriegsgefangenen ist schwieriger einzuschätzen.

In der Rüstungsindustrie – zumal in der Produktion – war der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte zum Teil noch weit höher, als die genannten Durchschnittszahlen vermuten lassen. Man kann sagen, dass etwa ein Drittel und mehr der Arbeitskräfte dieser Branche Fremdarbeiter und Kriegsgefangene waren. Manche Betriebsabteilungen bestanden abgesehen von Vorarbeitern und Spezialisten fast ausschließlich aus ausländischen Arbeitskräften (80 – 90 %). Das gilt etwa für während des Krieges aufgezogene Produktionen und Verlagerungen.

Deutlich wird anhand dieser Zahlen nicht allein eine Vorstellung von Ausmaß und Ubiquität der Zwangsarbeit, sondern auch ihre rüstungswirtschaftliche Bedeutung. Die Ausnutzung von Zwangsarbeit hatte es dem NS-Regime ermöglicht, mehr als drei Jahre lang länger Krieg zu führen. Zwangsarbeit hat aber auch beigetragen, die deutsche Großindustrie gründlich zu modernisieren und – trotz aller Zerstörungen – fit für die Nachkriegszeit zu machen.

Wie kam es dazu?

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg wurden jüdische Deutsche und KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit herangezogen, wenn auch in volkswirtschaftlich unbedeutender Zahl. Von Zwangsarbeit als ein die Wirtschaft des Deutschen Reichs bestimmender Faktor konnte nicht gesprochen werden. Es lag auch nicht im Horizont der Arbeitseinsatzpläne im Reich, Zwangsarbeit zu einem solchen Faktor zu machen. Aber das Reich sah sich Ende der 1930er Jahre einem gravierenden Arbeitskräftemangel ausgesetzt, der einerseits die Aufrüstung bremste und der andererseits durch die geplanten Einziehungen bei der Mobilmachung verschärft werden würde. Das Dilemma bestand darin, einerseits Krieg führen zu wollen und andererseits die für die Kriegsführung nötigen Waffen, Munition etc. herzustellen, zugleich aber den zivilen Lebensstandard aus politischen Gründen nicht übermäßig einschränken zu müssen.

Wie ließ sich dieses Dilemma lösen?

Die Rationalisierung von Fertigungen konnte eine gewisse Entlastung bringen, hing aber von der Fähigkeit und Bereitschaft der Industrie zusammen, erlaubte auch keinen kurzfristigen Ersatz, schon gar nicht in der Landwirtschaft. Die Ausweitung der Frauenarbeit wurde diskutiert, stieß aber auf ideologische Bedenken. Schließlich bot sich als kurz- und mittelfristige Lösung die verstärkte Beschäftigung von Ausländern an, zumal die Arbeitslosigkeit im benachbarten Ausland deutlich höher war als im Deutschen Reich.

Außerdem rechnete man damit, die zur Wehrmacht einberufenen Arbeitskräfte baldmöglichst wieder an ihre Arbeitsplätze zurückschicken zu können. Das militärische Konzept der ersten Kriegshälfte sah eine Folge kurzer, intensiv und bewegungsreich geführter Feldzüge vor (»Blitzkriege«), unterbrochen von einer Waffenruhe, die – auch mittels zeitweilig demobilisierter Soldaten – zur weiteren Aufrüstung genutzt werden sollte. Ein langandauernder Krieg wie der Erste Weltkrieg sollte vermieden werden, da das Reich hierfür weder über die materiellen noch die menschlichen Ressourcen verfügte. Dem entsprach auch die Rüstung des Reiches zu dieser Zeit. Waffen und Munition sollten jeweils für den anstehenden Feldzug hergestellt werden, in für den gerade laufenden Feldzug ausreichender Zahl und in der militärisch gebotenen Breite (»Breitenrüstung«). Würde alles nach Plan laufen, so würde sich die Rohstoff-, Material- und Menschenbasis nach und nach durch die Eroberungen vergrößern und damit die Rüstungskapazität des Reiches. Als Vorbilder konnten der Anschluss Österreichs und die Annexion der tschechischen Gebiete gelten.

Dennoch mussten die kurz- und mittelfristig entstandenen Lücken aufgefüllt werden. Auch eine Steigerung der Rüstungsproduktion ließ sich nur mit zusätzlichen Arbeitskräften realisieren.

Bei der Beschäftigung von Ausländern war nicht von vornherein an einen Arbeitseinsatz unter Zwang gedacht. Vielmehr war zu Anfang durchaus die freiwillige Werbung

die Regel, allerdings mit der wesentlichen und charakteristischen Ausnahme von Polen. Dazu später mehr. Die deutschen Arbeitseinsatzstellen in den besetzten Gebieten merkten allerdings bald, dass die Werbungen weit unter ihren Erwartungen zurückblieben. Die Besatzungsbehörden reagierten darauf mit unterschiedlichen Methoden. Tschechien ist hierfür ein Beispiel. Bereits im Sommer 1939, vor Kriegsbeginn, wurden Tschechen nach Deutschland dienstverpflichtet. Eine andere Methode bestand darin, die Existenzbedingungen der Menschen in den besetzten Gebieten so zu beeinflussen, dass Menschen sich »freiwillig« zum Arbeitseinsatz ins Reich meldeten (etwa Kürzung von Lebensmittelmarkenzuteilungen, Betriebsstillegungen). Festzuhalten ist aber: Ausländer aus dem westeuropäischen Ausland kamen bis Mitte/Ende 1941 noch zu einem guten Teil freiwillig nach Deutschland. Aufgrund bilateraler Anwerbeabkommen, in denen Lohntransfers und Sozialversicherungsregelungen geregelt wurden, kamen darüber hinaus Arbeitskräfte aus mit Deutschland verbündeten Staaten (Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Slowakei).

Immerhin: Zu dieser Zeit (bis 1941) waren bereits alle Ideal- oder Grundformen der Rekrutierung ausländischer Zivilarbeiter, wie sie Mark Spoerer beschrieben hat, bereits vorhanden und angewendet:

- die Werbung Freiwilliger
- die Werbung mit maßgeblicher Beeinflussung der Existenzbedingungen
- die Konkskription unter Rückgriff auf die einheimische Verwaltung (also die Aushebung ganzer Jahrgänge)
- die gewaltsame Deportation durch deutsche oder verbündete Besatzungsorgane.

Es ist darauf hinzuweisen, dass diese beschriebenen Formen Idealtypen darstellen, die in der Realität fließend ineinander übergingen. Konkskription und Deportation fanden bis Mitte 1941 allerdings nur im besetzten Polen statt.

Die Beschäftigung von Ausländern im Reich stieß auf verschiedene Schwierigkeiten:

- Die Devisenknappheit erlaubte Lohntransfers nur in begrenztem Ausmaß.
- Die Unternehmen waren in erster Linie daran interessiert, ihre zur Wehrmacht eingezogene Stammbelegschaft wiederzubekommen. Außerdem scheuten sie Investitionen und Sonderausgaben, die der Ausländereinsatz mit sich bringen würde, zu tätigen. Nicht zuletzt sprachen sicherheitspolitische Bestimmungen (Sabotage, Spionage) gegen einen Einsatz.
- Rassenideologische Vorbehalte wurden vor allen aus Kreisen der Partei, SS und Gestapo erhoben.

In dem Maß, wie europäische Länder unter deutsche Kontrolle gerieten, erledigte sich gewissermaßen die Devisenfrage. Sicherheitspolitische Vorbehalte führten in der ersten Kriegshälfte dazu, dass Ausländer zunächst nur zurückhaltend in der Rüstungsindustrie eingesetzt wurden. Als sich allerdings herausstellte, dass die Sicherheitsfragen durch entsprechende Maßnahmen (Überwachung, Alarmpläne) beherrschbar waren, überdies das ganz überwiegende Gros der Ausländer nicht daran dachte, politisch widerständig aktiv zu werden, schwand die Reserve vor einem Einsatz auch in sensiblen Rüstungsbereichen. Überdies ließ die militärische Entwicklung keine andere Wahl. Spätestens im Sommer 1941 mussten sich die Unternehmen darauf einstellen, dass sie ihre Belegschaftsmitglieder auf längere Sicht nicht wiederbekommen würden. Blieben die rassenideologischen Vorbehalte. Wenn man schon den rüstungswirtschaftlichen

Pragmatikern (Rüstungsdienststellen, Arbeitsämter) in der Frage des Ausländereinsatzes nachgeben musste, so sollte doch nach dem Willen der NS-Ideologieträger der Einsatz so gestaltet werden, dass die rassenideologischen Vorbehalte Berücksichtigung fänden. Das bedeutete konkret: Isolierung rassenideologisch unerwünschter Gruppen von der übrigen Bevölkerung, ihre möglichst engmaschige Überwachung, eine abschreckende Bestrafung bei Übertretung der Bestimmungen. Verwirklicht wurde dies erstmals umfassend mit den Polenerlassen vom März 1940.

Mit dem Verordnungs- und Erlasspaket vom 8. März 1940 wurde für polnische Arbeitskräfte im Deutschen Reich ein Sonderrecht geschaffen, das sie rechtlich und sozial ausgrenzte. Erstmals wurde im Deutschen Reich eine Personengruppe in der Öffentlichkeit durch ein Abzeichen (»P«) kenntlich gemacht (deutsche Juden seit September 1941). Ein umfassender Verbotskatalog zielte darauf ab, die Bewegungsfreiheit einzuschränken sowie privaten Kontakt zu Deutschen zu verhindern. In der Entlohnung waren Polen benachteiligt. Sexualekontakte zu Deutschen wurden bei Männern mit dem Tod, bei Frauen mit Einweisung in ein KZ bestraft. Die Gestapo sicherte sich ein umfassendes Zugriffsrecht im Fall von Verstößen aller Art, so dass die ordentliche Justiz weitgehend außen vor blieb. Die »Polen-Erlasse« wurden zum Vorbild für die zwei Jahre später eingeführten Bestimmungen der »Ostarbeiter-Erlasse«, auf die später noch einzugehen ist.

In der ersten Kriegshälfte wurden Polen in erster Linie in der Landwirtschaft eingesetzt. Hier wirken auch Traditionen der Saisonbeschäftigung polnischer Erntehelfer. Aber nun handelt es sich – zumal freiwillige Werbungen nicht den gewünschten Erfolg hatten – in der Regel um Zwangsarbeiter. Die polnischen Kriegsgefangenen wurden im Frühjahr 1940 zwangsweise in den Zivilarbeiterstatus überführt. Bis 1942 stellten Polen die größte Gruppe ausländischer Zwangsarbeiter. Im deutschen Reich waren im September 1944 über 1,7 Millionen Polen beschäftigt (einschließlich der Schutzangehörigen), gut zwei Drittel von ihnen in der Landwirtschaft. Nach den Ostarbeitern stellten sie die größte Gruppe ausländischer Zivilarbeiter.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1940 kamen – neben Arbeitskräften aus den mit Deutschland verbündeten Staaten – vor allem französische Kriegsgefangene zum Einsatz, auch sie zu einem großen Teil in der Landwirtschaft. 1941, in Zuge des Balkanfeldzuges, kamen Serben (aus einem besetzten Land) und Kroaten (aus einem verbündeten Land) nach Deutschland.

In Zahlen stellt sich die Entwicklung bis September 1941 so dar:

Datum	Fremdarbeiter	Kriegsgefangene
9/1941	2,14 Mio.	952 000 Franzosen 257 000 sowjetische Zivile und Kriegsgefangene

Nationale Verteilung (Zivilarbeiter), Stand September 1941:

Polen	1 007 561	47,1 %
Italiener	271 667	12,7 %
»Protektoratsangehörige« (Tschechen)	140 052	6,5 %

Belgier	121 501	5,6 %
Jugoslawen	108 791	5,1 %
Niederländer	92 995	4,3 %
Slowaken	80 037	3,7 %
Franzosen	48 567	2,3 %
Ungarn	34 990	1,6 %
Dänen	28 895	1,4 %
Sonstige, Staatenlose, Ungeklärte	204 499	9,6 %
Insgesamt	2 139 555	

Rund 11 Prozent der Arbeitnehmer waren zu dieser Zeit ausländischer Herkunft, Zivilarbeiter und Kriegsgefangene.

Das Jahr 1942

Das Jahr 1942 bedeutet in vielerlei Hinsicht ein Wendejahr für die Entwicklung des Zwangsarbeitseinsatzes im Deutschen Reich.

Das wesentliche und für die weitere Entwicklung den Anstoß gebende Ereignis war militärischer Natur: Das Blitzkriegskonzept war gescheitert. Der Russlandfeldzug konnte nicht, wie geplant, im Spätsommer 1941 abgeschlossen werden. Die Sowjetunion hatte nicht kapituliert. Vielmehr sah sich Deutschland nun in einer Situation, die es immer hatte vermeiden wollen: In einem länger andauernden Zweifrontenkrieg; im Westen gegen England und im Osten gegen die Sowjetunion.

■ Um den Krieg fortsetzen zu können, musste die Rüstung jetzt auf einen langdauernden Abnutzungskrieg umgestellt werden, zugleich musste das Militär in die Lage versetzt werden, neue Offensiven durchzuführen. Das bedeutete, dass die Rüstungsproduktion erheblich gesteigert werden musste. Dazu waren zusätzliche Arbeitskräfte erforderlich.

■ Weitere Einziehungen zur Wehrmacht waren notwendig. Die Lücken mussten geschlossen werden. Die NS-Führung reagierte auf diese Herausforderungen mit einer weiteren Radikalisierung ihrer Politik:

■ Albert Speer wurde nach dem Tod Fritz Todts im Februar 1942 zum Rüstungsminister ernannt. Er leitete die Rationalisierung der Fertigungen in die Wege, beteiligte die Industrie an der Organisation des Rüstungswesens (Selbstverwaltung der Rüstungsindustrie). Tatsächlich gelang ihm mit seinen Methoden bis Sommer 1944 eine beeindruckende Steigerung der Rüstungsproduktion.

■ Zugleich wurde Fritz Sauckel, der Gauleiter von Thüringen, zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ernannt (März 1942). Seine wichtigste Aufgabe war, die für die Steigerung der Rüstungsproduktion erforderlichen Arbeitskräfte zu beschaffen. Auch Sauckel erledigte seine Aufgabe überaus erfolgreich. Er startete einen beispiellosen Zwangsrekrutierungsprozess im besetzten Europa und schaffte rund fünf Millionen Arbeitskräfte nach Deutschland. Konskription und Deportation wurden jetzt als Mittel der Rekrutierung zur Regel.

Eine weitere Personalie aus dem Frühjahr 1942 verdeutlicht eine weitere Entwicklung, auf die ich später noch kurz eingehen werde: Mit dem 1942 gebildeten SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt unter Leitung von Oswald Pohl wurde die industrielle Ausbeutung der KZ-Häftlinge zusammengefasst und koordiniert.

Das Jahr 1942 war geprägt vom Ostarbeiterereinsatz. Als »Ostarbeiter« wurden seit Februar 1942 zivile Personen bezeichnet, die aus dem altsowjetischen Gebiet (Gebietsstand vor 1940) stammten und slawischer Herkunft waren: Russen, Weißrussen und Ukrainer.

Als der Krieg gegen die Sowjetunion begann, war nicht beabsichtigt gewesen, sowjetische Zivilisten oder Kriegsgefangene zum Arbeitseinsatz ins Reich zu schaffen. Gründe: Man fürchtete eine bolschewistische Unterwanderung, Widerstandsaktionen, eine mögliche kommunistische Beeinflussung der deutschen Arbeiter. Nicht zuletzt aber sprachen rassistische Ressentiments gegen die Hereinholung dieser Menschen, die von Nationalsozialisten als »Untermenschen« diffamiert wurden. Eine Rolle spielten hierbei auch die »Lebensraum«-Vorstellungen der Nationalsozialisten: die Länder Ostmittel- und Osteuropas sollten ja als künftiges Siedlungsland der Deutschen ihre ethnische, kulturelle und staatliche Existenz verlieren. Solange man überdies überzeugt war, den Krieg in ein paar Wochen zu beenden, glaubte man es einfach nicht nötig zu haben, sowjetische Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen. Für die sowjetischen Kriegsgefangenen hatte die Entscheidung, sie nicht zur Arbeit zu verwenden, katastrophale Folgen. In den großen Sammellagern im rückwärtigen Heeresgebiet überließ man sie sich selbst, unversorgt und ohne nennenswerte medizinische Versorgung. »Nutzlos« für die Deutschen ließ die Wehrmacht die sowjetischen Kriegsgefangenen an Hunger und Seuchen zugrunde gehen. Andere fielen systematischen Mordaktionen zum Opfer. Allein in den wenigen Monaten zwischen Juni 1941 und Februar 1942 starben rund zwei Millionen gefangene Sowjetsoldaten, bis Ende des Krieges weitere 1,3 Millionen. Erst, als sich Militärführung und Wirtschaft auf einen langandauernden Krieg einstellen mussten, entschied sich Hitler Ende Oktober 1941 für den Arbeitseinsatz sowjetischer Arbeitskräfte in Deutschland. Wenn schon nicht zu vermeiden, sollte ihr Einsatz unter härtesten und entbehrungsreichen Bedingungen erfolgen. Ähnlichen Repressionen waren 1943/44 die Italienischen Militärinternierten ausgeliefert, die die Rache ihrer ehemaligen Verbündeten zu spüren bekamen. Die Ostarbeitererlasse vom Februar 1942, mit denen der Arbeitseinsatz der Ostarbeiter im Reich geregelt wurde, lehnten sich an die Bestimmungen der »Polen-Erlasse« vom März 1940 an, verschärfte sie aber in mehreren Punkten. Lagerausstattung, Ernährung und Entlohnung fielen deutlich geringer aus als bei anderen Ausländergruppen. Die sog. Ostarbeiterabgabe reduzierte den Lohn auf ein Minimum. Auch Ostarbeiter mussten ein Kennzeichen tragen, das Abzeichen »OST«. In Frankreich, Belgien und den Niederlanden wurde jetzt auch zur zwangsweisen Einziehung ganzer Jahrgänge übergegangen. Mit der Vichy-Regierung verabredete man den STO, den Service du travail obligatoire.

Das Ergebnis dieser Zwangsaushebungen war aus der Perspektive des Deutschen Reiches im ganzen gesehen erfolgreich. Allerdings verstärkten die Maßnahmen den Widerstandswillen in den besetzten Gebieten.

Zwar gab es auch jetzt noch freiwillige Werbung, das dürfte die Ausnahme gewesen sein. Die realen Arbeits- und Lebensbedingungen, die hinter den Versprechungen der Werber zurückblieben, hatten sich schnell herumgesprochen. Die Furcht vor Bombenangriffen tat ihr übriges.

Die Entwicklung 1943–1945

Innerhalb eines Jahres – von Anfang 1942 bis Anfang 1943 – stieg die Zahl der Fremdarbeiter im Reich steil an. Diese rasante Entwicklung setzte sich bis Anfang 1944 fort (rund 5,5 Mio. Fremdarbeiter). Danach verlangsamte sich die Entwicklung, stieg aber bis in den Spätherbst 1944 weiterhin an. Die letzte einigermaßen zuverlässige greifbare Zahl stammt vom 15. November 1944. Eine Statistik des Reichsarbeitsministeriums verzeichnet für diesem Zeitpunkt 6 055 519 ausländische Arbeitskräfte. Hinzu kommen rd. 2,19 Mio. Kriegsgefangene mit Stand per 1.1.1945.

Die nationale Verteilung unter den Zivilarbeitern sah im August 1944 folgendermaßen aus:

ausländische Zivilarbeiter	absolut	in %
Sowjetische Bürger	2 127 000	37,2
Polen	1 660 000	29,0
Franzosen	655 000	11,4
Tschechen	280 000	4,9
Niederländer	270 000	4,7
Belgier	203 000	3,5
Italiener (ohne IMI, IMI = 427 000)	158 000	2,8
Sonstige, Staatenlose, Ungeklärte	369 000	6,4
Insgesamt	5 722 000	

Knapp jeder vierte bis dritte Arbeitnehmer, in der Rüstungsindustrie oft noch weit mehr, stammte nun aus dem Ausland, ganz überwiegend unfreiwillig in Deutschland. Die Entwicklung von 1943 bis Kriegsende ist weitgehend vom Kriegsverlauf bestimmt. Mit Zugeständnissen wollte das Regime Stimmung und Arbeitsmotivation der Fremdarbeiter heben. Goebbels startete eine Propagandakampagne, in der er den – wie er es sah – Abwehrkampf Europas gegen den Bolschewismus in den Vordergrund stellte: Die Nationen Europas einig gegen die jüdisch-bolschewistische Gefahr. Wenn es unter den Fremdarbeitern auch tatsächlich eine Furcht gegenüber der Sowjetunion Stalins gab, so fiel diese Kampagne kaum auf fruchtbaren Boden. Die meisten zivilen Zwangsarbeiter verhielten sich distanziert und abwartend. Die meisten waren damit beschäftigt, angesichts der rapide sich verschlechternden Lebensumstände und der steigenden Frequenz der Luftangriffe ihr Überleben zu sichern. Zu politischen Widerstandsaktionen in Deutschland fand sich nur eine winzige Minderheit bereit. Dennoch wurden die Überwachungs- und Unterdrückungsmaßnahmen von Polizei und Gestapo verstärkt: Lagerrazzien, Verhaftungsaktionen, Einweisungen ins KZ.

Die letzte große Gruppe von zivilen und kriegsgefangenen Ausländern kam 1943/44 nach Deutschland. Mit dem Sturz Mussolinis im Juli 1943 verlor das Deutsche Reich zwar einen Verbündeten, gewann aber ein noch weitgehend ungenutztes Arbeitskräftereservoir, das Sauckel begann, auszuheben.

Rund 600 000 italienische Soldaten wurden in den Sonderstatus von »Italienischen Militärinternierten« – kurz IMI genannt – überführt. Damit unterstanden sie nicht den

völkerrechtlichen Regelungen für Kriegsgefangene. Wie schon 1940 die Polen wurden sie 1944 in den Zivilarbeiterstatus überführt. Ihnen schlug in Deutschland offener Hass entgegen. Als Verräter gebrandmarkt mussten sie oftmals Schikanen und Misshandlungen über sich ergehen lassen. Ressentiments gegen die bis 1943 privilegierten italienischen Arbeiter schlugen sich jetzt Bahn.

KZ-Häftlinge

KZ-Häftlinge bildeten in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 das letzte quantitativ nennenswerte Arbeitskräftepotential. Der KZ-Apparat hatte sich im Laufe des Krieges gigantisch aufgebläht und mit Häftlingen aus dem besetzten Europa gefüllt. 1944 kamen diejenigen Juden hinzu, die bislang der systematischen Vernichtung entgangen waren. Sie wurden nun, sofern einigermaßen arbeitsfähig, dem Arbeitseinsatz zugeführt.

Die systematische Heranziehung von KZ-Häftlingen zur ökonomisch motivierten Zwangsarbeit ist seit 1938 zu beobachten und stand im Zusammenhang mit den Ambitionen der SS, ein Wirtschaftsimperium aufzubauen. Ein Hebel dafür war die Neugestaltung deutscher Städte. Die Anlage neuer KZ oder der Ausbau vorhandener KZ 1938-1940 ist in diesem Zusammenhang zu sehen (Mauthausen, Flossenbürg, Neuengamme, Groß-Rosen, Klinkerwerk Sachsenhausen und andere). Die Ausbeutung in der Privatindustrie erfolgte – von Pilotprojekten einmal abgesehen – erst in der zweiten Hälfte des Krieges. Hintergrund war der Streit um die Verfügung der Häftlinge. Während das Rüstungsministerium frühzeitig für einen Arbeitseinsatz plädierte, wollte die SS »ihre« Häftlinge nicht aus ihrer Verfügungsgewalt geben und für eigene Zwecke benutzen.

Der Arbeitskräftemangel und die Kriegsentwicklung führten schließlich dazu, dass Außenlager bei Industriebetrieben eingerichtet wurden. Bewacht wurden die Häftlinge nach wie vor von SS-Personal. Die Unternehmen mussten ihren – vom Rüstungsministerium bzw. seinen Dienststellen genehmigten – Bedarf beim WVHA anmelden, das über die Zuweisung entschied.

1944 wurden schließlich aufgrund des hohen Arbeitskräftebedarfs auch Juden aus den besetzten Gebieten Europas, vor allem aus Polen und Ungarn, als Zwangsarbeiter in den weit über 1 000 KZ-Außenlagern eingesetzt. (Womit die ideologische Zielvorgabe, nämlich dass im Reich sich keine Juden mehr aufhalten sollten [»judenrein«], konterkariert wurde.) Die Heranziehung von KZ-Häftlingen zu einer ökonomisch rationalen Produktion stand im Widerspruch zur Funktion der KZ als Straf- und Vernichtungsinstrument. Dieser Zielkonflikt kennzeichnete den Arbeitseinsatz der Häftlinge. Auf der einen Seite konnte die Arbeit in einem Rüstungsbetrieb für einen Häftling eine Überlebenschance bedeuten, da seine Arbeitskraft wenigstens eine Zeit lang von Nutzen war, auf der anderen Seite kombinierte die SS Zwangsarbeit mit der physischen Vernichtung. Beispiele sind die Bauten an den Untertageverlagerungen in Mittelbau-Dora oder die Arbeitsbedingungen im KZ Mauthausen.

Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeitskräfte

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen waren bestimmt von den allgemeinen Rahmenbedingungen, den die Behörden absteckten, und den Spielräumen, die Betriebe und Unterkunftsverwalter bei der konkreten Umsetzung dieser Rahmenbedingungen hatten. Insbesondere der »Ostarbeitereinsatz« erfolgte unter teilweise katastrophalen Lebens-

und Arbeitsbedingungen. Unzureichend war die Verpflegung der Ostarbeiter, die sowohl in Berichten von Betroffenen als auch in zeitgenössischen Berichten übereinstimmend als nährstoffarm und von schlechter Qualität beschrieben wird; unzureichend für einen langen, über zehnstündigen Arbeitstag. Die Menschen brachen z.T. an den Maschinen zusammen. Der geschwächte Körper war anfällig für Krankheiten. Tuberkulose und andere Infektionskrankheiten breiteten sich aus. Aufmerksam geworden durch einen signifikanten Abfall in der Produktion sahen sich Rüstungsdienststellen und Betriebe veranlasst, zusätzlich Lebensmittel zu beschaffen bzw. bei den zuständigen Behörden Anträge auf Erhöhung der Rationen zu stellen, ehe das Reichsernährungsministerium die Lebensmittelrationen auch für »Ostarbeiter« auf ein gewisses Maß heraufsetzte. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen hingen also nicht unwesentlich vom Engagement des jeweiligen Betriebs ab.

Die Einsatzbedingungen besserten sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1942. Eine gleichermaßen banale wie bezeichnende Erkenntnis besagte, »daß der Russe im allgemeinen gut und willig arbeitet, wenn er genügend ernährt wird«. Bis in das Frühjahr 1945 hinein erfolgten verschiedene Modifikationen in den Behandlungsrichtlinien die »Ostarbeiter« betreffend, was aber ausschließlich der ungünstigen Kriegslage geschuldet war.

1944 wurde das »Ost«-Abzeichen durch Nationalitätenkennzeichen jeweils für Weißrussen, Russen und Ukrainer ersetzt, ohne aber die öffentliche Stigmatisierung ganz aufzugeben. Im selben Jahr wurde die aberwitzige steuerliche Belastung durch die »Ostarbeiterabgabe« durch die immer noch diskriminierende »Sozialausgleichsabgabe« ersetzt, so dass der Nettoverdienst stieg. Bezeichnend: Körperliche Züchtigung von »Ostarbeitern« wurde von der Gestapo ausdrücklich verboten. Aber das Leben der meisten »Ostarbeiter« blieb bis Kriegsende bestimmt von unzureichender Ernährung, mangelhafter gesundheitlicher Versorgung, Repression, rassistischer Diskriminierung, alltäglicher Willkür und Misshandlung durch Vorgesetzte und Lagerpersonal.

Neben der oft über zehnstündigen Arbeit war die Unterbringung im Lager der bestimmende Faktor im Leben der meisten Zwangsarbeiter. Kennzeichnend für das »Lagerleben« war das Fehlen jeder Privatsphäre in beengten, mit doppelstöckigen Pritschen ausgestatteten Stuben. Polen und »Ostarbeiter« konnten nicht oder nur sehr eingeschränkt am öffentlichen Leben teilnehmen, oft nur heimlich. Zwangsarbeiter aus Westeuropa waren in dieser Hinsicht kaum Einschränkungen unterworfen. Beliebte waren der Besuch von Kinos und Varietés, Sport- und Musikveranstaltungen, die teilweise auch von der Deutschen Arbeitsfront speziell für ausländische Arbeitskräfte organisiert wurden.

Von Anfang an entwickelten sich in den Lagern Substrukturen mit eigenen Regeln und Verhaltensnormen. Schlechte und unzureichende Ernährung und Versorgung begünstigten die Ausbreitung von Schwarzhandel, Korruption und Prostitution. Kriminalität breitete sich aus, nicht selten auch unter Beteiligung deutscher Lagerverwalter.

Die Bombenangriffe verschlechterten die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter gravierend, zumal sie im nationalsozialistischen Fürsorge- und Versorgungssystem an hinterer Stelle standen. Die wechselnden Lagerbelegschaften und die unzureichenden Möglichkeiten der Hygiene führten zur »Verlausung« der Lager. Fleckfiebererkrankungen breiteten sich aus. Die typische »Lagerkrankheit« aber war die Tuberkulose, Folge von Mangelernährung und Überbelegung.

Entlohnung

Mit Ausnahme von Polen und Ostarbeitern bekamen ausländische Zivilarbeiter prinzipiell denselben Lohn wie vergleichbare deutsche Arbeiter. Das betraf jedenfalls den Tariflohn. Sonderzuteilungen hingegen lagen im Ermessen des Arbeitgebers. Auch erhielten Ausländer wie deutsche Arbeiter, die außerhalb ihres Heimatortes arbeiteten, eine Trennungszulage. Ein Facharbeiter verdiente damals ca. 160 bis 200 RM im Monat. Problematisch war die Überweisung des Lohns in die Heimatländer. Aufgrund von Inflation und Wechselkursen schmälerte sich der überwiesene Betrag deutlich.

Der Bruttolohn von Polen und Ostarbeitern war niedriger als der vergleichbarer Deutscher. Sie waren überdies ungünstiger besteuert. Das Einkommen der Polen unterlag einer Sondersteuer, der Sozialausgleichsabgabe, die 15 % betrug. Ostarbeiter wurden unabhängig von ihrem Familienstand nach Steuerklasse I veranlagt. Zusätzlich wurde ihnen vom Bruttolohn die Ostarbeiterabgabe abgezogen, die nur wenig von ihrem Lohn netto übrig ließ.

Bis 1945 fand eine sukzessive Angleichung der Löhne der Ostarbeiter an die der übrigen Arbeiter statt – im Bemühen, die Arbeitsmotivation zu steigern und sich Loyalität zu erkaufen. Eine Verbesserung der praktischen Lebensbedingungen hatte dies aber nicht zur Folge gehabt.

Unterbringung

Das »Lager« – meist in der Form des hölzernen Barackenlagers – war der typische Wohn- und Lebensraum von Zwangsarbeitern. Betreiber der Lager waren in der Regel Unternehmen, z.T. auch kommunale Träger oder private Arbeitsgemeinschaften. Für das gesamte Reich ist von einer fünfstelligen Zahl solcher mehr oder weniger großen Lager auszugehen. Ausländer sollten generell in Lagern untergebracht werden. In der ersten Kriegshälfte, als halbjährige Arbeitsverträge noch vielfach das Bild beherrschten und die Zuweisung ausländischer Arbeitskräfte unsicher war, bevorzugten viele Unternehmen die Sammelunterbringung von Arbeitskräften in bereits bestehenden Gebäuden. Sogenannte Saallager ließen sich in ehemaligen Festsälen, Gaststätten und Ausflugslokalen, in leerstehenden Schulen, Hotels, Fabriketagen, Hallen oder leerstehenden Geschäften meist ohne großen Aufwand und umständlicher Beantragung knapper Baustoffe einrichten. Insbesondere in der dicht bebauten Innenstadt war dies die übliche Unterbringungsform für ausländische Arbeitskräfte. Barackenlager entstanden zunächst vor allem im Bauwesen, seit 1942 waren sie die Regel. Sie fassten bisweilen bis zu 5000 Personen.

Die Zunahme der alliierten Luftangriffe verschärfte in den bombengefährdeten Städten die Unterkunftsfrage. Aber nicht allein die Bombenangriffe und die weitere ungebremste Zuweisung von Zwangsarbeitern war dafür verantwortlich, sondern auch Bemühungen der Gestapo, privat untergekommene Ausländer möglichst in Lager zu überführen. Viele Zwangsarbeiter aus Westeuropa bemühten sich um eine Privatunterkunft, was zwar unerwünscht, aber nicht ausdrücklich verboten war.

Die Lager für ausländische Zivilarbeiter waren in der Regel nicht bewacht. Allenfalls gab es einen kleinen Wachdienst, der das Lager vor unbefugten Betreten sichern sollte. Eine Ausnahme machen 1942 die Ostarbeiterlager. Ihre Lager waren oft mit Stacheldraht umzäunt und anfangs bewacht. Im Herbst 1942 wurde diese Bestimmung aufgehoben, um die Arbeitsmotivation zu heben.

Überwachen und disziplinieren

Die Gestapo behielt sich bei ausländischen Zwangsarbeitern ein außerordentliches Eingriffsrecht vor, das nicht allein die Einweisung in Arbeitserziehungslager oder Konzentrationslager vorsah, sondern auch die willkürliche Verhängung von Todesstrafen unter Ausschaltung der Gerichte nach sich ziehen konnte.

Die Tatsache des Arbeitszwangs, die mit Kriegsdauer zunehmend schlechter werdenden Lebensverhältnisse in den Lagern, Rationskürzungen, Versorgungsengpässe, die Verlängerung der Arbeitszeit auf 72 Stunden pro Woche, Sonntagsarbeit, Urlaubssperren und nicht zuletzt die Lebensgefahr durch die Luftangriffe und der allgemeine Kriegsverlauf führten zu einer hohen Zahl von sogenannten Arbeitsvertragsbrüchen. Unter diesem Begriff wurde neben »Flucht« auch unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit, »Bummelei« oder ganz allgemein »disziplinloses« Verhalten verstanden.

Zu den härtesten Strafen, die gegenüber Zwangsarbeitern verhängt wurden, zählte die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager (AEL). Die Verhältnisse in den AEL waren denen eines KZ vergleichbar. Die Lager unterstanden den örtlichen Gestapostellen. Die Einweisung erfolgte für maximal 56 Tagen. Ziel war die »Erziehung zur Arbeit« die Betroffenen wurden anschließend in der Regel wieder in ihre Betriebe zurückgeschickt, um 1. ihnen die Vergeblichkeit ihres widerständigen Verhaltens vor Augen zu führen, und 2. um den übrigen Arbeitern ein abschreckendes Beispiel zu sein.

Familien, Frauen und Kinder

Etwa ein Drittel der eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte waren Frauen (Sept. 1944). Sie stammten in der Mehrzahl aus der Sowjetunion und Polen. Für »Ostarbeiterinnen« galten nicht die üblichen Arbeits- und Mutterschutzbestimmungen für Frauen. Statt dessen konnten sie zu körperlichen Schwerarbeiten herangezogen werden. Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis bei »Ostarbeitern« und Polen sollte gemäß der rassistischen Intention der Nationalsozialisten intime Beziehungen zu Deutschen vermeiden helfen.

Schwangere »Ostarbeiterinnen« wurden bis Ende 1942 noch in ihre Heimat abgeschoben. Dann änderte sich die Praxis. Daraufhin wurden für Polinnen und »Ostarbeiterinnen« besondere Entbindungsanstalten eingerichtet. Abtreibungen waren osteuropäischen Frauen – anders als deutschen – gestattet, aus Gründen der Kostenersparnis und aus rassenideologischen Gründen.

In der zweiten Hälfte des Krieges wurden sogar ganze Familien, Männer, Frauen und Kinder, nach Deutschland deportiert. Im Juli 1943 verfügte das Reichssicherheitshauptamt, Kinder von osteuropäischen Müttern, die als »gutrassig« eingestuft wurden, von den leiblichen Eltern zu trennen – auch gegen deren Willen – und »einzudeutschen«. Für die übrigen Kinder wurden »Ausländerkinder-Pflegestätten« eingerichtet, die der Aufsicht der DAF bzw. in der Landwirtschaft dem Reichsnährstand unterstanden. Die Kindersterblichkeit in diesen Einrichtungen war oft überdurchschnittlich hoch.

Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern

Im Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern sind Unterschiede der Begegnung und Begegnungsmöglichkeiten zu beachten. Kontakte zwischen »Westarbeitern«, vor allem »germanischer« Herkunft, waren nicht verboten, wenngleich nicht gern gesehen und bisweilen auch polizeilich verfolgt. Welches Ausmaß solche Kontakte hatten und welcher Art sie waren, kann bislang nicht sicher bestimmt werden.

Das Verbot, Kontakt zu Polen oder »Ostarbeitern« aufzunehmen, scheint im allgemeinen beachtet worden zu sein. »Ostarbeiter« waren faktisch rechtlos und der Willkür ausgeliefert. Berichte über Schläge von deutschen Vorgesetzten scheinen nicht die Ausnahme gewesen zu sein, sondern waren verbreitet. Ähnlich schlecht behandelt wurden die Italienischen Militärinternierten. Aber auch Mitleid und Empörung angesichts brutaler Übergriffe sind überliefert. Das Bild ist nicht einheitlich. Aber gewiss kann festgehalten werden, dass gerade die Rangfolge zwischen Deutschen und ausländischen Zwangsarbeitern das bestimmende Moment im Verhältnis zueinander blieb. Das gilt um so mehr, je niedriger die Zwangsarbeiter auf der rassistischen Skala angesiedelt wurden, die ja weitgehend populären Ressentiments entsprach. Wenn Ohrfeige oder Tritt im Betriebsalltag ohne strafrechtliche Folgen blieb oder zur Aufrechterhaltung der »Disziplin« sogar gefordert war, musste das wie eine Einladung zum Übergriff wirken. Das Apartheid-Regime, das schon vor dem Krieg gegenüber den Juden problemlos funktionierte und das allenfalls bei öffentlichen und offensichtlichen Exzessen wie der Pogromnacht 1938 ein gewisses Unbehagen in das bürgerliche Ordnungsgefühl mischte, wurde während des Krieges, bemäntelt von der Staatsraison in schicksalsschwerer Zeit, noch weniger in Frage gestellt. Die Deutschen fügten sich insgesamt in ihrer überwiegenden Mehrheit in ihre Rolle als Vorgesetzte, Überwacher, Bevorzugte. Das System der Zwangsarbeit konnte eben deshalb so gut funktionieren, weil es nicht als Unrecht empfunden, eher als Sachzwang und Selbstverständlichkeit hingenommen wurde. Gerade die Möglichkeit, sich individuell »anständig« gegenüber Entrechteten wie Polen und »Ostarbeitern« verhalten zu können, mag dazu beigetragen haben, den Unrechtscharakter der Zwangsarbeit zu vernebeln. Herrengefühle konnten sich mit traditionellen »Herr-im-Haus«-Standpunkten, patriarchalischer Fürsorge und dem Gefühl latenter Bedrohung durch das allgegenwärtig gewordene Fremde verbinden. Die Abstumpfung im Krieg mit der zunehmend alltäglichen Konfrontation von Tod und Zerstörung, das Erleiden eigener Schicksalsschläge und der Überlebenskampf taten ein Übriges.

Zusammenfassend

Zwangsarbeiter gehörten zum Alltagsbild, für jedermann sichtbar: auf dem Land als Erntehelfer und Knechte, in der Stadt in der Fabrik und auf der Straße. Nahezu jedes Unternehmen beschäftigte Zwangsarbeiter, vom Handwerksbetrieb bis zum Großkonzern. Auch öffentliche Einrichtungen, die Reichsbahn, selbst religiöse Einrichtungen und Privathaushalte setzten Zwangsarbeiter ein. In aller Regel haben Unternehmen – nach anfänglichem, betriebswirtschaftlich und – strukturell bedingtem Zögern – bereitwillig auf das Reservoir der zwangsrekrutierten Arbeitskräfte zurückgegriffen, um so mehr, als anders die Partizipation am Rüstungsboom und eine günstige Startposition für die Nachkriegszeit nicht zu erreichen waren.

Der Einsatz von Zwangsarbeitern war im übrigen seit 1942 eine der Grundbedingungen, um den Krieg weiterführen zu können.

Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern war geprägt vom Spannungsverhältnis zwischen Rassenideologie und ökonomischer Rationalität, von Kriegsverlauf und Politik. Die daraus erwachsenen Widersprüche und Konflikte bestimmten die Entwicklung des Zwangsarbeitereinsatzes und erklären die Vielschichtigkeit des Phänomens. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter unterschieden sich je nach ihrem Status als Angehörige rassistisch ausgegrenzter Minderheiten, als KZ-Häftlinge, als Kriegsge-

fangene oder als zivile Ausländer; sie unterschieden sich weiterhin je nach Einstufung der Zwangsarbeiter als Angehörige »germanischer« Völker, als »Fremdvölkische«, als slawische Osteuropäer, als »Juden« oder »Zigeuner«. Dieses System der rassistischen Abstufungen wirft ein Schlaglicht auf die Zukunft Europas, wie sie nach einem Sieg des Nationalsozialismus ausgesehen hätte.

Ich nannte vier Gruppen, die das Gros der Zwangsarbeiter bildeten: zivile ausländische Arbeitskräfte, Kriegsgefangene, Häftlinge und rassistisch ausgegrenzte (v.a. Juden), die seit der 2. Kriegshälfte praktisch vollständig Häftlingsstatus hatten.

1 Zivile ausländische Arbeitskräfte: Freiwillig angeworbene, durch bilaterale Abkommen zwischen souveränen Staaten abgesicherte Ausländer kamen vor allem in der ersten Hälfte des Krieges nach Deutschland. Bei ihnen handelt es sich um Personen aus dem neutralen oder verbündeten Ausland (bis 1943 Italien, ferner Bulgarien, Spanien u.a.). Das Deutsche Reich übte aber schon 1940 teilweise Druck auf seinen italienischen Verbündeten aus, um Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen. Angehörige des neutralen Auslandes waren auch nicht unbedingt vor Zwangsmaßnahmen geschützt und konnten beispielsweise in Arbeitererziehungslager eingewiesen werden. Zwangsmaßnahmen zur Arbeiterrekrutierung wurden bereits vor Kriegsbeginn 1939 im Protektorat Böhmen und Mähren sowie nach Kriegsbeginn in Polen durchgeführt; nach und nach wurden sie auch auf andere Länder ausgedehnt und in unterschiedlicher Schärfe und Konsequenz gehandhabt, z.B. durch Entzug von Arbeitslosenunterstützung oder Lebensmittelmarken, durch Dienstpflichtverordnungen, jahrgangswise Erfassung oder auch durch Razzien und regelrechten Menschenfang. Letzteres ist vor allem in den besetzten Ländern Mittel- und Osteuropas praktiziert worden, also gegen Gruppen, die im Deutschen Reich rassistisch motivierten Sonderbestimmungen unterworfen waren (Polen, »Ostarbeiter«). Zivile ausländische Arbeitskräfte aus den besetzten Ländern, die zunächst freiwillig nach Deutschland kamen, wurden zu Zwangsarbeitern, wenn sie nach Ablauf ihrer Verträge nicht in ihre Länder zurückkehren durften, sondern kurzerhand »dienstverpflichtet« wurden.

2 Deutsche Juden und »Zigeuner«: Die Zwangsarbeit dieser Gruppen hatte den Charakter eines Intermezzos; sie erfolgte zunächst bis zur Auswanderung (von Juden), später bis zur Deportation und Ermordung. Deutsche und staatenlose Juden wurden von der deutschen Arbeitsverwaltung seit Ende 1938 per Erlass zu Zwangsarbeiten im Rahmen eines »geschlossenen«, das heißt von den übrigen Belegschaften abgesonderten Arbeitseinsatzes herangezogen; zunächst die in die Erwerbslosigkeit getriebenen Juden, seit 1940 alle Juden.

3 Häftlinge in Konzentrationslagern: Ihre systematische Heranziehung zur ökonomisch motivierten Zwangsarbeit ist seit 1938 zu beobachten und stand im Zusammenhang mit den Ambitionen der SS, ein Wirtschaftsimperium aufzubauen. Ein Hebel dafür war die Neugestaltung deutscher Städte. Die Anlage neuer KZ oder der Ausbau vorhandener KZ 1938–1940 ist in diesem Zusammenhang zu sehen (Mauthausen, Flossenbürg, Neuengamme, Groß-Rosen, Klinkerwerk Sachsenhausen und andere). Die Ausbeutung in der Privatindustrie erfolgte – von Pilotprojekten einmal abgesehen – erst in der zweiten Hälfte des Krieges. Hintergrund war der Streit um die Verfügung der Häftlinge. Während das Rüstungsministerium frühzeitig für einen Arbeitseinsatz plädierte, wollte die SS »ihre« Häftlinge nicht aus ihrer Verfügungsgewalt geben und für eigene Zwecke benutzen. Der Arbeitskräftemangel und die Kriegsentwicklung

fürten schließlich dazu, dass Außenlager bei Industriebetrieben eingerichtet wurden. Bewacht wurden die Häftlinge nach wie vor von SS-Personal. Die Unternehmen mussten ihren – vom Rüstungsministerium bzw. seinen Dienststellen Bedarf beim WVHA anmelden, das über die Zuweisung entschied. 1944 wurden schließlich aufgrund des hohen Arbeitskräftebedarfs auch Juden aus den besetzten Gebieten Europas, vor allem aus Polen und Ungarn, als Zwangsarbeiter in den weit über 1000 KZ-Außenlagern eingesetzt. (Womit die ideologische Zielvorgabe, nämlich dass im Reich sich keine Juden mehr aufhalten sollten (»judenrein«), konterkariert wurde.) Die Heranziehung von KZ-Häftlingen zu einer ökonomisch rationalen Produktion stand im Widerspruch zur Funktion der KZ als Straf- und Vernichtungsinstrument. Dieser Zielkonflikt kennzeichnete den Arbeitseinsatz der Häftlinge. Auf der einen Seite konnte die Arbeit in einem Rüstungsbetrieb für einen Häftling eine Überlebenschance bedeuten, da seine Arbeitskraft wenigstens eine Zeit lang von Nutzen war, auf der anderen Seite kombinierte die SS Zwangsarbeit mit der physischen Vernichtung. Beispiele sind die Bauten an den Untertageverlagerungen in Mittelbau-Dora oder die Arbeitsbedingungen im KZ Mauthausen.

4 Kriegsgefangene: Ihre Behandlung war durch völkerrechtliche Verträge geregelt. Nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907 und der Genfer Konvention von 1929 konnten auch Kriegsgefangene zu Arbeiten herangezogen werden. Ein Arbeitseinsatz, der militärischen Zwecken dienste, war allerdings verboten. Sofern Kriegsgefangene völkerrechtswidrig behandelt wurden, weil sie beispielsweise in der Rüstungsindustrie arbeiten mussten, sind auch sie zu den Zwangsarbeitern zu zählen. Polnische Kriegsgefangene wurden 1940 in ein ziviles Zwangsarbeiterverhältnis überführt. Französische Kriegsgefangene konnten sich 1943 von der Gefangenschaft »beurlauben« lassen, wenn sie sich verpflichteten, weiter in Deutschland zu arbeiten. Sowjetische Kriegsgefangene hingegen wurden von den völkerrechtlichen Bestimmungen ausgenommen. Ihr Arbeitseinsatz war zu Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion nicht geplant gewesen. Der Verzicht auf dieses Arbeitskräftepotential basierte auf rassistischen Ressentiments, der Furcht vor kommunistischer Unterwanderung und der militärischen Fehleinschätzung, die Sowjetunion in wenigen Wochen besiegen zu können. »Nutzlos« für die Deutschen ließ die Wehrmacht die sowjetischen Kriegsgefangenen an Hunger und Seuchen zugrunde gehen. Andere fielen systematischen Mordaktionen zum Opfer.

Allein in den wenigen Monaten zwischen Juni 1941 und Februar 1942 starben rund zwei Millionen gefangene Sowjetsoldaten, bis Ende des Krieges weitere 1,3 Millionen. Erst, als sich Militärführung und Wirtschaft auf einen langandauernden Krieg einstellen mussten, entschied sich Hitler Ende Oktober 1941 für den Arbeitseinsatz sowjetischer Arbeitskräfte in Deutschland. Wenn schon nicht zu vermeiden, sollte ihr Einsatz unter härtesten und entbehrungsreichen Bedingungen erfolgen. Ähnlichen Repressionen waren 1943/44 die Italienischen Militärinternierten ausgeliefert, die die Rache ihrer ehemaligen Verbündeten zu spüren bekamen.

Helmut Bräutigam war Projektkoordinator des gemeinsam vom Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen erarbeiteten Ausstellungs- und Publikationsprojekt: Zwangsarbeit in Berlin 1938–1945 beteiligt.

Mit den Augen der Imagination

ZUR GEDÄCHTNISGESCHICHTE DES LAGERS UCKERMARK
SEIT 1945

Insa Eschebach

Gedenkstätten wie Ravensbrück sind »Leuchttürmen« vergleichbar. Es sind Bühnen der »anerkannten, offiziellen gesellschaftlichen Erinnerungspraxis«. Gedenkstätten repräsentieren nicht nur den »Mainstream der Gedenkkultur«, sondern »kanonisieren« zugleich auch, wie Matthias Pfüller schreibt, Interpretationen von Geschichte, indem Generation für Generation Orte wie Ravensbrück kennenlernen und aus dieser Auseinandersetzung ihr Bild vom NS-Regime formen.¹

In Ravensbrück dominiert die Erinnerung an das Frauenkonzentrationslager das Gedächtnis der anderen Lager, die zum Lagerkomplex Ravensbrück gehörten wie beispielsweise das Männerlager, das Siemens-Lager und das »Jugendschutzlager Uckermark«. Im folgenden möchte ich die Gründe dafür diskutieren, warum das »Jugendschutzlager« nach 1945 in Vergessenheit geriet und wann und auf welche Weise die Geschichte dieses Lagers dann doch schrittweise erinnerungsfähig wurde.

1 | Schon zur Zeit des »Dritten Reiches« verfügte dieser Ort über keine in dem Sinne homogene Geschichte. Vielmehr steht »Uckermark« für mindestens drei unterschiedliche Nutzungsschichten:

»Uckermark« war der Name des 1942 eröffneten »Jugendschutzlagers«, das zur Unterbringung von insgesamt etwa 1200 Mädchen und jungen Frauen diente, die zuvor von den NS-Behörden als »gemeinschaftsfremd«, »asozial« oder »politisch unzuverlässig« eingestuft worden waren. Im Januar 1945 begann die Auflösung dieses Lagers.

In einem abgesonderten Teil waren hier auch Sloweninnen einquartiert, die als Partisaninnen verhaftet und deportiert worden waren, sowie weibliche Gestapo-Häftlinge.

Schließlich wurden in den letzten Kriegsmonaten in sieben Baracken des geräumten »Jugendschutzlagers« ein »Schonungslager«² eingerichtet; de facto handelte es sich um ein Sterbe- und Selektionslager³ des Frauen-KZ Ravensbrück: Ältere und kranke Frauen waren hier in Elendsquartieren untergebracht, starben bzw. wurden umgebracht.⁴ Nach der Befreiung durch die Rote Armee am 30. April 1945 sind in den Baracken kranke Häftlinge des Männerlagers Ravensbrück einquartiert worden.

»Uckermark« hatte nach 1945 keine Gruppe, die sich für die mehrschichtige Geschichte des »Jugendschutzlagers« und damit verbunden für eine Kennzeichnung des Ortes eingesetzt hat. Nationalsozialistische »Jugendschutzlager« sind noch in den 50er und 60er Jahren kritiklos dem Fürsorgesystem zugeordnet worden und galten gar als positive Beispiele für die »Bewahrung schwer erziehbarer Jugendlicher«.⁵ »Arbeitserziehung« in Lagern war in der DDR mindestens bis in die 60er Jahre üblich. Diese gesellschaftliche Wahrnehmung des nationalsozialistischen Erziehungssystems scheint auch unter einigen ehemaligen Häftlingen des Frauen-KZ Ravensbrück verbreitet gewesen zu sein. International bekannte Chronistinnen des Lagers wie Germaine Tillion und Wanda Kiedrzyńska bezeichneten die Häftlinge des »Jugendschutzlagers« in ihren Büchern als »schwer erziehbare, kriminelle und asoziale deutsche Mädchen« oder auch als »demo-

ralisiert, degeneriert, venerisch erkrankt oder geistig unterentwickelt«⁶. Das Stigma der Asozialität haftete den ehemaligen Uckermark-Häftlingen noch Jahrzehnte an.⁷

Auf der einen Seite also galten die als asozial stigmatisierten Jugendlichen nicht als erinnerungswürdig, auf der anderen Seite aber auch nicht die Frauen, die im Lager Uckermark ums Leben gekommen sind. Auch für diese – in der Sprache der SS – als »arbeitsunfähig«, »nicht-marschfähig«, als nur »bedingt tauglich« bezeichneten Frauen, diese »ausgemusterten« Häftlinge und »bettlägerigen Krüppel« fand sich nach 1945 keine Gruppe, die ihrer gedachte. Welche Rolle dabei der Tatsache zukam, dass es sich bei der Mehrzahl dieser Frauen um Osteuropäerinnen bzw. um jüdische Frauen aus Osteuropa handelte⁸, sei dahin gestellt. Auf jeden Fall war die von sozialrassistischen und sexistischen Wahrnehmungsmustern geprägte Diskriminierungsgeschichte sogenannter asozialer Mädchen und arbeitsunfähiger alter Frauen 1945 keineswegs beendet. Beide Gruppen gehörten jahrzehntelang nicht zu den ehrungswürdigen NS-Verfolgten und gelten auch teilweise heute noch zu den outcasts und Deklassierten auch moderner demokratischer Gesellschaften.

Ein weiterer Grund für die Geschichte des Vergessens liegt in der Ortsgeschichte selbst: Im Rahmen der Befreiung des Lagers im April/Mai 1945 wurde in der Nähe ein Friedhof angelegt, wie aus einer Tagungsmitschrift der »Arbeitsgemeinschaft Ravensbrück« von 1948 hervorgeht: »Hinter den Siemens-Betrieben am Jugendschutz-Lager ist ein weiterer Friedhof von den Häftlingen, die nach 1945 verstorben sind, die man ins Jugendschutzlager gebracht hat und dort in der Nähe in einem Waldstück beige-setzt hat.«⁹

Im Jahr 1952 sind – und das ist der Punkt, der mir in diesem Zusammenhang wichtig ist – im Auftrag des Innenministeriums Brandenburg Umbettungen erfolgt. Damals wurden die Überreste von 255 Erwachsenen und 28 Kindern aus insgesamt drei Friedhöfen umgebettet und auf dem damals so genannten »Friedhof beim Krematorium des ehemaligen KZ« beige-setzt. Es handelt sich um die Stätte des Massengrabes an der Lagermauer, auf dem 1959 ein Rosenbeet angelegt wurde.¹⁰ Nach der Umbettung sind dann die drei im Umkreis des ehemaligen Häftlingslagers bestehenden Friedhöfe eingeebnet worden; das Totengedenken wurde gewissermaßen in Ravensbrück in Nähe des Krematoriums zentralisiert. Diese Zentralisierung aber machte andererseits die Größe des Lagerkomplexes »vergessen«. Die Bestattung aller Toten am Fuße der Lagermauer und in der Nähe des Krematoriums legt bis heute die Deutung nahe, dass es sich hier insgesamt um Tote des KZ Ravensbrück handeln würde. Sofern sich, wie die oben zitierte Tagungsmitschrift nahelegt, einer der drei ursprünglichen Friedhöfe in der Nähe des ehemaligen Jugendschutzlagers befunden hat, ist also mit dem Akt der Umbettung der vermutliche Ort des Todes dem öffentlichen Gedächtnis entzogen worden.

Wahrscheinlich hat es sich bei dieser Zentralisierung nicht um eine bewusste gedenkpolitische Entscheidung einzelner, zu benennender historischer Akteure gehandelt. Pragmatische Gründe mögen eine Rolle gespielt haben. Die langen Wegstrecken im Rahmen von Gedenkveranstaltungen zurückzulegen, wird vielen auf die Dauer auch einfach mühsam erschienen sein. Dementsprechend heißt es in der Tagungsmitschrift von 1948 auch: »Wir können uns nicht an jeder Friedhofsstelle besonders versammeln, weil die Zeit zu kurz ist.«¹¹

Offenbar war die damalige Direktorin der Gedenkstätte Ravensbrück Martha Engel die erste, die 1963 die historische Bedeutung Uckermarks erkannte und dementsprechend

verlangte: »Zur Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück gehört unbedingt das Jugendlager Uckermark.«¹² Die Stätte selbst befand sich zu dem Zeitpunkt noch nicht in militärischer Nutzung der Sowjetischen Armee, sondern wurde für Zwecke der Lagerung von Müll und Unrat genutzt und verkam. Auf Engels Anregung hin entwickelte das Berliner Institut für Denkmalpflege Pläne und schlug »wetterfeste und formal gut gestaltete Aufsteller« vor, die – wie wir heute sagen würden – in Form einer Open Air Ausstellung das Areal kommentieren sollten. Zugleich war an die Anlage einer »Laubbaum-Monokultur« gedacht, welche sich »als etwas Besonderes« von dem Kiefernbestand der umgebenden Landschaft abheben sollte. Dieses Vorhaben wurde bekanntlich nicht realisiert, vielmehr notierte Martha Engel in einer Beratungsniederschrift am 15. Mai 1963 resigniert: »Für die Uckermark (wurde) keine Massnahme bindend fixiert.« Die Erinnerung an das Jugendschutzlager Uckermark war damals auch kein Thema der jährlichen antifaschistischen Gedenkveranstaltungen in Ravensbrück. Die Impulse der Direktorin Engels 1963, das ehemalige Jugendschutzlager als Gedenkort zu gestalten, war zum damaligen Zeitpunkt in der DDR nicht konsensfähig.

Erschwerend kamen folgende Umstände hinzu: Das Areal wurde vermutlich seit den 1960er Jahren von der sowjetischen Armee genutzt. Wer den direkten Weg einschlägt, der von Ravensbrück nach Himmelfort führt, kann auch heute noch feststellen, wie wenig »einladend« das gesamte, sowjetisch genutzte Areal gestaltet war. Die militärische Nutzung der Liegenschaften hatte in der DDR absolute Priorität oder, in den klaren Worten von Emmy Handke: »Wenn der Russe das so will, können selbst die VVN nichts machen.«¹³

Des weiteren ist folgender Aspekt nicht zu unterschätzen: Es sind bis heute keine Fotografien des Jugendschutzlagers überliefert. Bekanntlich ist die öffentliche Erinnerung an die Konzentrations- und Vernichtungslager zu einem hohen Maße durch das Bildgedächtnis geprägt; erinnert sei nur an die Fotografien der Leichenberge oder auch an Aufnahmen des mit »Arbeit macht frei« überschriebenen Lagertors von Auschwitz. »Uckermark« ist hingegen nur »mit den Augen der Imagination« zu sehen und für die gilt folgender Befund, dass wir nämlich nur wahrnehmen, »was wir an die Dinge herantragen und wir tragen an sie heran, was wir von ihnen wahrgenommen haben.«¹⁴

Wo also Stätten nationalsozialistischer Verbrechen nicht aufgrund von Fotografien Bestandteil des öffentlichen Gedächtnisses geworden sind, ist es – wie beispielsweise in Ravensbrück – ein Monument, ein Wahrzeichen, ein Mahnmal. Die Skulptur »Tragende« ist unzählige Male bildlich reproduziert worden, auf Postkarten, als Briefmarkenmotiv, als Anstecknadel. Uckermark hat kein solches »Emblem«, kein reproduzierfähiges Wahrzeichen.

»Ein Gedenkort ist das,« so Aleida Assmann, »was übrig bleibt von dem, was nicht mehr besteht und gilt. Um dennoch fortzubestehen und weiter gelten zu können, muss eine Geschichte erzählt werden, die das verlorene Milieu supplementär ersetzt.«¹⁵ Im Fall von »Uckermark« ist diese Geschichte sehr lange nicht erzählt worden und das ehemalige Lagerareal wurde zu einem »verlorenen Milieu«. Indes ist dieser Prozess auch an anderen Orten im Umfeld des ehemaligen Frauen-Konzentrationslagers zu beobachten: Das ehemalige Siemenslager mit seinen Produktionsstätten war für die öffentliche Wahrnehmung ebenso verloren wie beispielsweise das ehemalige Männerlager oder auch das SS-Versuchsgut, das die sowjetische Armee als Apotheke nutzte.

Dieser Befund gilt indes nicht nur für Ravensbrück, sondern für alle KZ-Gedenkstätten: Das in der Regel komplexe und weit verzweigte System der Konzentrations-



Oben: Die »Maschas« im Eingangsbereich des ehemaligen »Jugendschutzlagers« Uckermark. Foto: M. Alexandrin, SBG/MGR 2009.
Unten: Markierung des Standorts Lagertor im Gelände des ehemaligen »Jugendschutzlagers«, Internationales Frauen-Lesben-Transgender-workcamp im Sommer 2008. Foto: B. Pawelke, SBG/MGR

lager war in der Nachkriegszeit häufig noch kaum zu erkennen, teils aufgrund von Abriss oder Umwidmung der Gebäude, teils, weil die später angelegten Gedenkstätten die ehemaligen KZ-Areale auf die Bereiche der ehemaligen Häftlingsunterkünfte und einige wenige markante Gebäude wie Krematorien und Gefängnisbauten zusammenschumpften. Ein weiteres Beispiel eines »verlorenen Milieus« ist der Bahnhof Ravensbrück: Bis Mitte der 1990er Jahre war diese Station mit einem Bahnschild »Ravensbrück« gekennzeichnet. Die Bahnlinie, die von Fürstenberg nach Templin führte, war noch bis Ende der 1980er Jahre in Betrieb; Teile davon werden heute, als Freizeitangebot für Touristen, von Draisinen befahren. Dabei diente dieser Haltepunkt bis 1945 als Rampe und Umschlagplatz für den »Häftlingsverschub« des Konzentrationslagers: Häftlingstransporte, unter anderem aus Auschwitz, trafen hier ein. Gleichwohl ist diese Station nicht Teil des Gedenkstättenareals. Ohne die Kenntnis dieser Geschichte, ohne das Wissen um die »Authentizität« dieses Ortes, mag der schildlose und inzwischen überwachsene Bahnsteig Touristen und Spaziergängern als idyllischer Ort erscheinen.

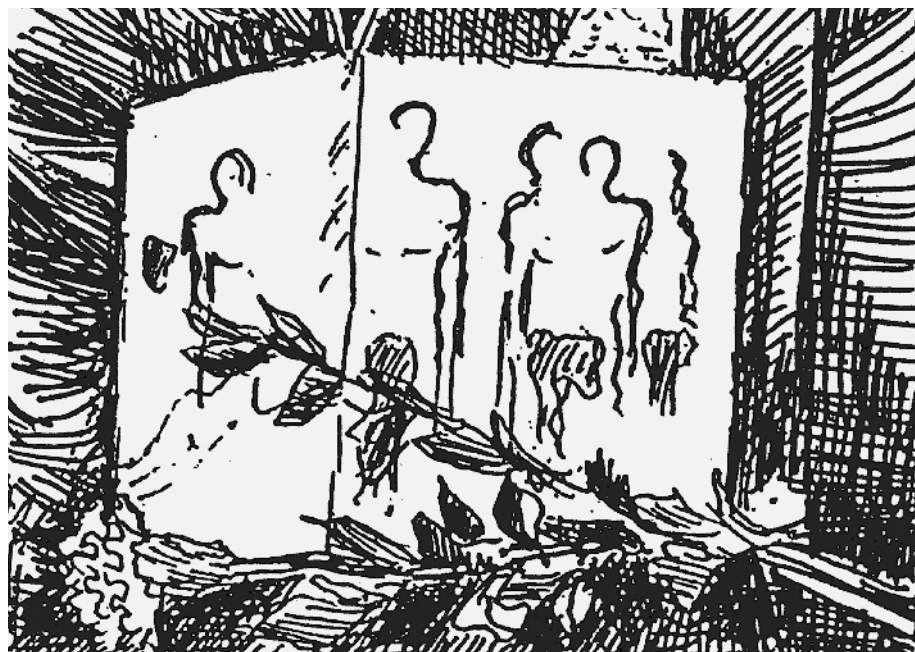
2 | Wann und auf welche Weise ist »Uckermark« erstmals in die öffentliche Wahrnehmung getreten? Wichtig erscheint mir die Tatsache, dass die nationalsozialistischen »Jugendschutzlager« erstmals in den frühen 1980er Jahren in Westdeutschland zu einem Gegenstand der Forschung wurden; dem Erscheinen von Detlev Peukerts Studie »Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus« im Jahr 1982 kommt hier paradigmatische Bedeutung zu. Die »Deutsche Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V.« befasste sich erstmals 1984 mit den »Jugendschutzlagern« Moringen und Uckermark.¹⁶

Als nach der deutschen Vereinigung der gesamte Lagerkomplex erstmals öffentlich zugänglich wurde, diskutierte auch das Internationale Ravensbrück-Komitee Möglichkeiten eines künftigen Umgangs. Nach einer Begehung am 19. September 1991 notierten Mitglieder des Komitees: »(...) Überprüfung, was von Uckermark (und) Siemens (...) zur Erinnerung erhalten werden kann.«¹⁷ In den Empfehlungen einer Expertenkommission, die von der mittlerweile gegründeten Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten eingesetzt worden war, heißt es im Januar 1992: »Die Fläche des ehemaligen »Jugendschutzlagers« sollte markiert und eingefriedet werden.«¹⁸ Im März 1992 forderten auch Liesl Jäger und Edith Sparmann als Vertreterinnen der »Deutschen Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V.« die Kennzeichnung des Geländes mit Tafeln oder einem Gedenkstein.¹⁹

Zu diesem Zeitpunkt war der Kernbereich des ehemaligen Frauen-Konzentrationslagers der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten übertragen worden. Die übrigen historischen Lagerbereiche gingen an die Brandenburgische Bodengesellschaft – mit Ausnahme des Siemens- und des Uckermark-Areals: Wegen befürchteter Kontaminationen blieben beide Bereiche in der Verantwortung des Bundes. Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten positionierte sich dazu folgendermaßen:

»Die Liegenschaftsprobleme des etwa 200 Hektar umfassenden Gesamtareals des Frauen-KZ Ravensbrück und Jugend-KZ Uckermark (sind) nach dem Abzug der GUS-Truppen mit ihren Kontaminationen und Überbauungen derart umfassend, dass sich die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten außerstande sieht, die Flächen des Uckermark- sowie des Siemensgeländes zu übernehmen.«²⁰

Der Gedanke, dass das Uckermark-Areal Teil der Gedenkstätte Ravensbrück werden sollte, ist, soweit ich sehe, erstmals im Zusammenhang mit der langwierigen Debatte



»Nachdenkmal für einen Gedenkpark Uckermark«, Modell Vorderansicht, Entwurf von Skip Pahler. Zeichnung: E. Tunn 2003.

um die Pläne für eine neue Trassenführung der Bundesstraße 96 geäußert worden. Anlass dieser Debatte war der Versuch der Stadt Fürstenberg, ihre gravierenden Verkehrsprobleme durch eine vierspurige Ortsumgehungsstraße zu lösen, die zwischen dem Gedenkstättenengelände und dem Uckermark-Areal hätte verlaufen sollen. Diesem Plan standen viele, auch die »Deutsche Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V.« und das Internationale Ravensbrück-Komitee, ablehnend gegenüber; er wurde nicht realisiert.²¹

Gleichwohl ist in diesem Zusammenhang das erste Mal ein Denkmalkonzept für das Uckermark-Areal vorgelegt worden und zwar von der Bürgerinitiative »Fürstenberg Dialog«. Auf Anregung von Mitgliedern der Bürgerinitiative entwickelte der Berliner bildende Künstler Skip Pahler den Entwurf eines »Nachdenkmals« für das ehemalige »Jugendschutzlager Uckermark« in Ravensbrück. Die Entwurfszeichnung sieht eine Art keilförmig verlaufende Wandgestaltung vor, auf der »rudimentäre Körperformen einstiger Insassen« in negativer Reliefausbildung zu sehen sind. Das Nachdenkmal sollte auf dem Uckermark-Areal aufgestellt werden, das – nach einem Rückbau der sowjetischen Hinterlassenschaften – in einen »Park des Gedenkens – wider dem Vergessen der Leiden der Opfer« hätte umgewidmet werden sollen. Ausser im Namen des Denkmals sieht dieser Entwurf keinen Bezug und keine Informationen zur spezifischen Geschichte dieses Ortes und seiner unterschiedlichen Nutzungen vor. Das Konzept bedient sich einer eher konventionellen Denkmalsprache: Eine Rampe soll für die »Schiefelage« des NS-Systems stehen, Schlitze in den Wänden symbolisieren »lebensverachtende unmenschliche Glätte mit Totalüberwachung«, ein sich aus »der Asche der Vernichtung« erhebender »blauer Vogel« verweist auf Hoffnung, Überleben und Kampf u.ä.²²

Neue Gestaltungsideen wurden in dem landschaftsplanerischen Wettbewerb für ein Gestaltungskonzept für den Lagerkomplex Ravensbrück entwickelt, den die Stadt Fürstenberg 1997 ausschrieb. Den ersten Preis erzielte das Team von Stefan Tischer,

Philipp Oswald und Stefanie Oswald, deren Entwurf für den Bereich Uckermark ein Blumenfeld vorsieht: »Ein Blumenfeld erinnert hier in seiner fragilen und temporären Schönheit an das Schicksal der Opfer«, schreiben die Autoren, wobei der Bereich des ehemaligen Vernichtungslagers aus dieser Fläche zugunsten von Grabungen ausgespart werden sollte.²³

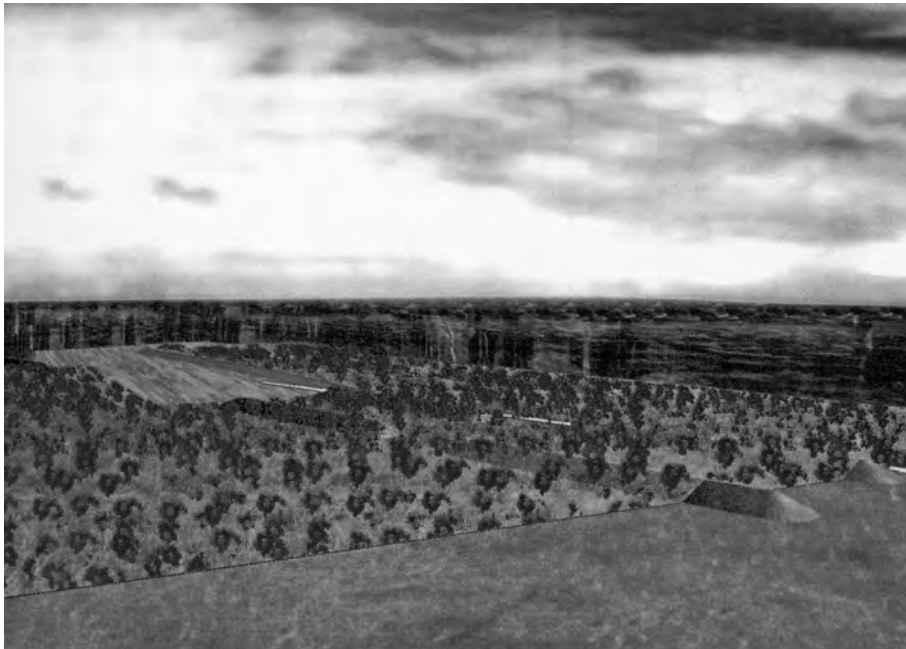
Realisiert wurde schliesslich ein Denkmal, das die Initiative für einen ›Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark‹ e.V. entwickelt hat: Es handelt sich um eine aus Granit gefertigte, etwa 1,90 m hohe Säule mit der folgenden Widmung:

»Im Gedenken an die Gefangenen Gefolterten und Ermordeten des Jugendkonzentrationslagers für Mädchen und junge Frauen und späteren Vernichtungslagers Uckermark 1942–1945. Ihr seid nicht vergessen! Nie wieder Faschismus!«

Im Unterschied zu den beiden ersten Konzepten für die Gestaltung eines Erinnerungsortes Uckermark, die sich beide einer entkonkretisierenden und enthistorisierenden Formensprache bedienen, verweist der im April 2009 auf dem Uckermark-Areal installierte Gedenkstein präzise auf die doppelte Verfolgungsgeschichte, für die dieser Ort steht. Paradox scheint indes die Entscheidung für Granit und damit für einen Naturstein, der seit Anfang des 19. Jahrhunderts in der Memorialarchitektur Verwendung fand und bis ins »Dritte Reich« als ein »Kennzeichen patriotischer Geisteshaltung« galt. Der als nordisches »Urgestein« konnotierte Granit steht für die »Sehnsucht nach Ursprünglichkeit und roher, unbearbeiteter Natur«²⁴ und signalisiert »Stabilität, Beständigkeit und Dauerhaftigkeit«.²⁵ Vielleicht aber liegt gerade in diesem, dem Granit eigentümlichen Versprechen von Solidität und Dauer der Grund für die Wahl dieses Materials, geht es doch um die Ehrung einer Gruppe, die jahrzehntlang nicht als ehrungswürdig galt. »Den Opfern einen Gedenkstein zu setzen und den ehemals Inhaftierten, die überlebt haben und ihren Nachkommen einen würdevollen Gedenkort zu geben, ist seit vielen Jahren unser Anliegen«, so beschreibt die Initiative die Absicht, die sie mit der Setzung des Steins auf dem Uckermark-Areal verbindet.²⁶ Wo die Ehrung von Toten und würdevolles Gedenken bislang nicht möglich war, soll dies nun in einer Formen- und Materialsprache geschehen, die aufgrund ihrer Tradition von hoher und allgemeiner Verständlichkeit ist.

Seit dem Jahr 1997 finden nahezu jährlich internationale Jugendcamps auch auf dem Uckermark-Gelände statt. Zahlreiche Studien sind seither entstanden, Ausstellungen, Filme und Zeitzeugengespräche. Seit 2006 führt die Gedenkstätte Ravensbrück jährlich im November ein »Uckermark-Forum« durch mit dem Ziel, unterschiedliche zivilgesellschaftliche Initiativen miteinander ins Gespräch zu bringen. Als Bestandteil ihres Besucherleitsystems errichtete die Gedenkstätte 2008 zwei Tafeln, die in unmittelbarer Nähe des Uckermark-Areals Besucher zweisprachig über die Geschichte des Ortes informieren. Seit 2008 sucht die Gedenkstätte Ravensbrück gemeinsam mit der Gedenkort-Initiative nach Möglichkeiten, das Uckermark-Areal im Rahmen einer sogenannten Konversionsmaßnahme von militärischen Relikten aus sowjetischer Nachnutzung beräumen zu lassen.

Im Rahmen der jährlichen Jugendcamps, die teils von der Gedenkstätte, teils in Eigeninitiative organisiert werden, haben zahlreiche Aktivitäten stattgefunden: Beispielsweise haben Mitglieder der Gedenkort-Initiative vor Ort an Grabungen nach Fundamentresten teilgenommen, Wege im unwegsamen Gelände angelegt und das Areal mit selbstgefertigten Schildern gekennzeichnet. Vor einigen Jahren sind die sogenannten Maschas, aus Maschendraht gefertigte feligrane Figuren, entstanden und im heutigen



Blumenfeld auf der Fläche des ehemaligen »Jugendschutzlagers« Uckermark. Entwurf von Burger + Tischer, Landschaftsarchitekten, 1998.

Eingangsbereich des Geländes installiert worden. Seither diene dieser Bereich als ein Ort des Gedenkens. Im Jahr 2007 schuf eine Gruppe von Frauen Windspiele, die aus Metallfunden aus sowjetischer Hinterlassenschaft gefertigt waren .

Temporäre Installationen wie diese sind in hohem Maße innovativ und dienen im Unterschied zur konventionellen Denkmalsform als Impulsgeber zur kritischen Auseinandersetzung. Kreativität und Formenvielfalt sind wichtige Errungenschaften gegenwärtiger Denkmalskunst, weil sie dem »autoritären Maßstab monumentaler Orte«²⁷, der die Besucher zum passiven Zuschauer reduziert, mit Skepsis begegnen. Der Zukunft des Uckermark-Areals wäre zu wünschen, das es dort auch nach der Beräumung von sowjetischem Schutt Raum für künstlerische Initiativen und Interventionen geben wird.

Insa Eschebach, Dr.phil., Religionswissenschaftlerin, ist seit 2005 Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

- 1 Matthias Pfüller, »Leuchttürme, leere Orte und Netze«. Neue Möglichkeiten der Erinnerung im Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis der Gesellschaft. In: Birgit Dorner und Kerstin Engelhardt (Hg.), Arbeit an Bildern der Erinnerung. Ästhetische Praxis, außerschulische Jugendbildung und Gedenkstättenpädagogik. Stuttgart 2006, S. 27–52, hier S.31.
- 2 Zu diesem Begriff vgl. Irma Trksak, »Und ich muss sagen, dass es die schwerste Zeit in meinem ganzen Leben war, die kürzeste, aber die schwerste Zeit, die ich in der Uckermark erleben musste«. In: Katja Limbächer, Maïke Merten, Bettina Pfefferle (Hg.), Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark. Münster 2005, S. 234–241, hier S. 236.
- 3 Zum Begriff des Sterbe- und Selektionslagers vgl. Verena Walter, Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark als Sterbe- und Selektionslager. In: Dachauer Hefte 20/2005, S. 157–165, hier S. 158.
- 4 Dass dieser Ort der Vernichtung bis heute noch nicht in seiner ganzen Bedeutung erfasst sei, darauf verweist zutreffend Ursula Krause-Schmitt in ihrem Vortrag: »Die Lagergemeinschaft Ravensbrück/ Freundeskreis e.V. und der Ort Uckermark«; unveröff. Manuskript September 2006.
- 5 Katja Limbächer, Maïke Merten, Bettina Pfefferle, Einleitung. In: DieS. (Hg.), Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark, a.a.O., S. 7–15, hier S.. 9.

- 6 Siehe Bernhard Strebel, *Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes*. Paderborn 2003, S. 356 Anmerkung 2.
- 7 Die Abgrenzungsbemühungen der aus politischen Gründen verfolgten Frauen dokumentiert auch die stenografische Mitschrift einer Tagung der zentralen Arbeitsgemeinschaft Ravensbrück in Berlin am 13. September 1948: »Wir müssen bestrebt sein, in unserer Organisation auf die größte Sauberkeit und Reinhaltung Wert zu legen, wir müssen gegen alle Elemente, die (...) nicht würdig sind, als wirkliche antifaschistische Widerstandskämpferinnen angesprochen zu werden, rücksichtslos vorgehen und sie aus unseren Reihen entfernen.« Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (im folgenden: SBG/MGR) RA I/3-5 XXXVI 61–115, hier Bl. 40. Vgl. auch Insa Eschebach, *Jahrestage der Befreiung: Gedenkfeiern in Ravensbrück 1946–1995*. In: Dies., *Öffentliches Gedenken. Deutsche Erinnerungskulturen seit der Weimarer Republik*, S. 135–162, insbesondere S. 157.
- 8 Vgl. Simone Erpel, *Das »Jugendschutzlager« Uckermark als Vernichtungslager*. In: *Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark*, a.a.O., S. 215–233.
- 9 Tagungsmitschrift; SBG/MGR RA I/3-5 XXXVI 61–115, hier Bl. 49.
- 10 Dort hatte man bereits 1948 die umfangreichen Asche- und Knochenfunde am Krematorium bestattet.
- 11 Tagungsmitschrift, a.a. O., Bl. 48.
- 12 Vgl. im folgenden: Sigrid Jacobeit, *Zur Geschichte des Jugend-Konzentrationslagers Uckermark im Gesamtkonzept der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten*. In: *Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark*, a.a.O., S. 271–279, hier auch die Nachweise der Zitate.
- 13 Zit. nach Insa Eschebach/Sigrid Jacobeit, *Ravensbrück – Zur Geschichte der Gedenkstätte und der Ausstellungen*. In: *Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland*, Heft 6/2001, S. 72–81, hier S. 72.
- 14 Wolfgang Tunner, zit. nach Birgit Dorner, *Bilder der Verführung – Bilder der Erinnerung – gestaltete Bilder*. *Kunstpädagogik in der Gedenkstättenarbeit*, In: *Arbeit an Bildern der Erinnerung*, a.a.O., S. 7–18, hier S. 11.
- 15 Aleida Assmann, *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. München 1999, S. 309.
- 16 Rosel Vadehra-Jonas, *Nach der Befreiung: Die zweite Geschichte des »Jugendschutzlagers Uckermark«*. In : *Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark*, a.a.O., S. 293–306, hier S. 253.
- 17 Zit. nach Jacobeit, *Zur Geschichte*, a.a.O., S. 235.
- 18 Empfehlungen der Expertenkommission zur Neukonzeption. In: *Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes. Perspektiven, Kontroversen und internationale Vergleiche*, hrsg. vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung. Berlin 1992, S. 215–270, hier S. 247.
- 19 Zit. nach Jacobeit, *Zur Geschichte*, a.a.O., S. 236.
- 20 Ebd. S. 237. Vgl. auch den Beschluss des Stiftungsrates vom 16.6.1994.
- 21 Diese Konfliktgeschichte ist ausführlich dargestellt in dem Aufsatz von Rosel Vadehra-Jonas, *Nach der Befreiung*, a.a.O.
- 22 Der Entwurf ist relativ ausführlich dargestellt in der Zeitschrift: *Kontakte. Informationsblatt des Fürstenberger Fördervereins – Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück e.V.*, 7/2003.
- 23 Vgl. Stefanie Oswald, Philipp Oswald, *Entwurf zur Gestaltung der erweiterten Gedenkstätte Ravensbrück*. In: *Das Mädchenkonzentrationslager*, a.a.O., S. 280–292, hier S. 286.
- 24 Christian Fuhrmeister, *Beton, Klinker, Granit. Material, Macht, Politik. Eine Materialikonographie*. Berlin 2001, S. 241f.
- 25 Ebd. S. 278.
- 26 Initiative für einen Gedenkort ehemaliges Jugend- KZ Uckermark e.V., *Spendenauf Ruf 2008/2009*.
- 27 James Edward Young, *Gegen das Denkmal, für Erinnerung*. In: *Der Wettbewerb für das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas«*. Eine Streitschrift, hrsg. von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst e.V., Berlin 1995, S. 174–178, hier S. 176.

Weiterexistenz trotz Auflösung

»NATZWEILER AM NECKAR«:
DAS NOCH WEITGEHEND UNBEKANNTE SCHLUSSKAPITEL
DER GESCHICHTE DES KONZENTRATIONSLAGERS NATZWEILER

Georg Fischer, Arno Huth und Dorothee Roos

In den zwölf Jahren seines Bestehens hat das mörderische Terrorinstrument der nationalsozialistischen Konzentrationslager (KL)¹ eine Entwicklung durchlaufen, die in der Forschung gut beschrieben und in vier Phasen systematisiert worden ist.² Die letzte Phase ist dabei einerseits gekennzeichnet durch die maximale Ausweitung des Außenlager-Systems, andererseits durch »Evakuierungen«, also Verlagerungstransporte per Zug oder Todesmärsche, mit denen die SS versuchte, eine Befreiung der Häftlinge zu verhindern. Wurde innerhalb dieser Phase ein Stammlager evakuiert bzw. von den Alliierten befreit, so wurde es »aus dem System der Lager gelöscht«.³

Der Fall des »KL Natzweiler«⁴ ist dagegen anders gelagert und stellt insofern eine Besonderheit innerhalb des KZ-Systems dar. Die Evakuierung des Stammlagers wurde am 1. September 1944 befohlen, war jedoch erst am 22. November vollständig abgeschlossen;⁵ am 23. November 1944 erreichten amerikanische Truppen das Gelände.⁶ Doch auch nach diesem Auflösungsprozess bestand das Lager unter seinem alten Namen als administrative Größe weiter, losgelöst vom topografischen und namensgebenden Ort im Elsass, und zwar »als Verwaltungseinheit der SS für die weiterhin existierenden Außenlager des KZ Natzweiler«.⁷ Zugespitzt formuliert, könnte man also von einer »Weiterexistenz trotz Auflösung« sprechen.

»Aufgelöst« im eigentlichen Sinn des Wortes wurden im Herbst 1944 nicht nur das Stammlager, sondern auch alle linksrheinischen Außenlager von Natzweiler-Struthof. Die zentrale Verwaltungsstruktur des Lagerkomplexes, also die Kommandantur, blieb hingegen erhalten, wurde aber geografisch verlagert, und zwar nach Osten, über den Rhein. Sie wurde, nach einer Zwischenphase, die im nächsten Kapitel beschrieben werden soll, Ende November 1944 neu etabliert, und zwar in den Dörfern Guttenbach und Binau am unteren Neckar. Dabei wurde der alte Name »KL Natzweiler« beibehalten, so dass die wiederum pointierte Formel »Natzweiler am Neckar«⁸ den neuen Zustand griffig umschreibt.

»Natzweiler am Neckar«: Verlagerung, Zuständigkeiten, Personen

Zunächst übernahm ab September 1944 das KL Dachau wichtige Aufgaben des in Auflösung begriffenen Stammlagers Natzweiler.⁹ So gelangte Mitte September die Effektenkammer dorthin, auch die Ausbildungsfunktion für die der SS überstellten Wehrmachtssoldaten übernahm das KL Dachau¹⁰. Zwischen dem 5. und 14. September wurde die politische Abteilung nach Dachau verlagert, wenn auch möglicher Weise Funktionen dieser Abteilung an lokale Gestapo-Beamte an den diversen Außenlager-Standorten abgegeben oder von diesen einfach übernommen wurden. Christine Glauning spricht in diesem Zusammenhang von einer vermehrten Desorganisation und Dezentralisierung des KZ Natzweiler und einem Verlust des zentralen Leitungskomplexes.¹¹ Doch Lagerkommandant Fritz Hartjenstein, der am 11. oder 17. November das Stammlager Natzweiler-Struthof für immer verlässt, geht nicht etwa zum Lager Dachau, sondern

nach Guttenbach an den Neckar.¹² Wenige Tage darauf folgt ihm der SS-Stab mit den noch verbliebenen wenigen, sämtlich deutschsprachigen Häftlingen dorthin nach; während dieser Überführung gelingt einigen Häftlingen die Flucht.¹³ Auch die medizinische Abteilung des Stammlagers Natzweiler (Abt. V) erreicht am 25. November den Neckar, während das medizinische Depot ins Außenlager Schömberg wandert.¹⁴ Gegen Ende des Jahres 1944 werden in Guttenbach einige Abteilungen mit Zentralitätsfunktion, die schon nach Dachau verlagert worden waren, mit solchen zusammengeführt, die bis Ende November im Elsass verblieben waren. So wandert die Effektenkammer in ein kleines Schloss im Dörfchen Binau.¹⁵ Kurz vor Weihnachten, am 20. Dezember 1944, wird zumindest ein großer Teil der politischen Abteilung des KL Natzweiler vom Lager Dachau zur Kommandantur rückverlagert.¹⁶

Dort, in Guttenbach, war inzwischen ein neuer Hauptstab um die Kommandantur entstanden, als deren lokaler Kern das Gasthaus »Zum Karpfen« angesehen werden kann.¹⁷ Später kam noch ein Verwaltungsstab im Binauer Schloss hinzu¹⁸, in unmittelbarer Nachbarschaft der dort schon befindlichen Effektenkammer. Diese wurde ihrerseits noch ausgeweitet, und zwar durch Tausende von Häftlingsanzügen, Unterzeug, Handschuhen und Schuhen, die Hartjenstein in Oranienburg anforderte und am 30. Januar 1945 auch erhielt.¹⁹ Ein »Unbrauchbarkeitsnachweis für Häftlingskleidung« vom 29. Januar 1945, trägt den Briefkopf »Konz.-Lager Natzweiler/Verwaltung/17a Binau a. Neckar«.²⁰

Die Fahrbereitschaft der SS befand sich im nahe gelegenen Dorf Neunkirchen. Sie umfasste sechs Lastwagen, die von zwölf in Privatquartieren untergebrachten Fahrern chauffiert wurden;²¹ in der Reparaturwerkstatt arbeiteten drei KZ-Häftlinge, eine dörfliche Kochschule lieferte die Verpflegung.²² Damit war der Leitungskomplex des Stammlagers auf drei Dörfer am Neckar aufgeteilt.

Aufgaben der Kommandantur in Guttenbach waren die Verwaltung sämtlicher noch existierender Natzweiler-Außenlager, Abwicklung der Häftlingstransporte, Führung der Häftlingskartei, Anordnung von Strafen, Kontrolle des Arbeitseinsatzes der Häftlinge und die Abrechnung mit den beteiligten Firmen.²³ Auch erfolgte die Abrechnung der Verpflegungseinkäufe aller Natzweiler-Außenlager zentral in Binau. Der Einkauf wurde an den jeweiligen Lagerstandorten durch »Lagerverpflegungsführer« in Zusammenarbeit mit den Kreisernährungsämtern durchgeführt.²⁴

Neben Obersturmbannführer Fritz Hartjenstein, der bereits am 12. Mai 1944 als Nachfolger von Josef Kramer Lagerkommandant des KL Natzweiler geworden, residierte in Guttenbach auch der SS-Hauptscharführer Wolfgang Seuß, der in Natzweiler-Struthof Schutzhaftlagerführer gewesen war, doch nunmehr die Funktion eines Rapportführers ausübte.²⁵ Kommandant Hartjenstein wurde am 23. Januar 1945 nach einer Beschwerde wegen »Unfähigkeit« zu einer Kampfeinheit an die Front versetzt;²⁶ ihm folgte Heinrich Schwarz, der nach der Evakuierung von Auschwitz von dort nach Guttenbach kam und ab 18. Februar als letzter Kommandant von »Natzweiler« fungierte, ohne den entsprechenden geografischen Ort je gesehen zu haben. Ihm oblag vor allem die Organisation der Evakuierungen der Außenlager und der Todesmärsche im März²⁷. Auch Rapportführer Wolfgang Seuß wurde ersetzt, und zwar im Februar durch Franz Hofmann, den Kommandanten des Außenlager-Komplexes »Wüste«, der im Februar 1945, ebenfalls strafweise, aus dem Lager Bisingen nach Guttenbach versetzt wurde.²⁸ Der Kommandanturstab bestand aus 15 bis 20 Mann: »Fernschreibkräften, Telefonistinnen, Adjutanten (sic) und Schreibkräften.«²⁹ Mit der medizinischen Abteilung war im November der SS-Arzt Werner Rohde an

den Neckar gekommen; Chef der aus dem KL Dachau zurückgekehrten politischen Abteilung, die auch mindestens fünf Häftlinge beschäftigte, war der Gestapomann Magnus Wochner.³⁰

Insgesamt arbeiteten an drei Standorten der verlagerten Kommandantur zwischen 40 und 50 Häftlinge,³¹ also weit mehr als die vierzehn von Natzweiler an den Neckar Umgezogenen.³² Der Rest stammte aus dem Natzweiler Außenlager Neckargerach im gleichnamigen, nahe gelegenen Dorf, das von Guttenbach nur durch den Neckar getrennt ist. Die Häftlinge kehrten am Abend dorthin zurück.

Damit wird klar, dass die Kommandantur-Verlagerung keineswegs ins „Niemandland“ erfolgte, sondern eine Region anvisierte, die den entscheidenden Dienststellen bereits als Standort eines größeren Außenlager-Komplexes bekannt war. Es handelt sich um sechs Orte in der Region Mosbach/Baden mit den Lagern Neckarelz I, Neckarelz II, Neckargerach, Asbach, Neckarbischofsheim und Bad Rappenau. Diese werden im Folgenden meist mit dem Sammelbegriff »Neckarlager« umschrieben, der vor allem in der französischen wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema verwendet wird.

Die Außenlager am Neckar rund um das Verlagerungsprojekt »Goldfisch«

Der Komplex der Neckarlager entstand im Frühjahr/Sommer 1944 rund um für die Rüstung bedeutsame Verlagerung der Motorenfertigung des Daimler-Benz-Motorenwerks Genshagen unter Tage in die Gipsstollen am Neckarhang bei Obrigheim. Sowohl das Rüstungsprojekt als auch der Lagerkomplex verdanken ihre Entstehung unmittelbar (zeitlich wie organisatorisch) einem neuen Management-Instrument der Luftrüstung, dem sogenannten »Jägerstab, das im März 1944 entwickelt wurde, um die Produktion von Abfangjägern zu forcieren.«³³ Charakteristisch für den Jägerstab ist die enge und unbürokratische Zusammenarbeit zwischen der Verwaltungsebene (Reichsluftfahrtministerium sowie Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion), der Flugzeug-Industrie und den Organisationen, welche für die Bereitstellung zusätzlicher Arbeitskräfte zuständig waren – vor allem die Organisation Todt und die SS.

Von den rund 170 Verlagerungs- und Untertage-Projekten, welche der Jägerstab nach den zerstörerischen alliierten Bombardements³⁴ unter hohem Zeitdruck plante, wurden reichsweit indes nur 20 Baustellen der SS zugewiesen.³⁵ Sie lagen als »Sonderbauvorhaben« sämtlich in der Zuständigkeit von Dr. Hans Kammler, der sich bereits 1943 bei der Verlagerung der V2-Produktion von Peenemünde nach Nordhausen und dem Aufbau des dafür geschaffenen Konzentrationslagers Mittelbau-Dora einschlägig bewährt hatte.³⁶ Das Projekt im Obrigheimer Stollen erhielt in der SS-Verwaltung die Bezeichnung »A 8« und zusätzlich den militärischen Decknamen »Goldfisch« für alle zivilen Zusammenhänge als Firma.³⁷

Nach seiner Beauftragung durch den Chef des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamts, Oswald Pohl, war Kammler als Verantwortlicher der Sonderbauvorhaben unter Jägerstab-Ägide nur dessen Leitern, Albert Speer und Eberhard Milch, direkt unterstellt,³⁸ er gewann dadurch Handlungsspielräume gegenüber dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA).

Das Sonderbauvorhaben »A 8« hatte zur Aufgabe, die Produktion der für die Luftrüstung wichtigen Daimler-Flugmotorenreihe DB 603 und DB 605 zu sichern; entscheidende Teile des Fertigungskreises wurden nach Obrigheim verlagert, die Endmontage erfolgte nach wie vor in Genshagen. Der Umbau der beschlagnahmten Gipsgrube

Obrigheim zur Produktionsstätte für Motoren erforderte in seinem Verlauf Tausende von Arbeitskräften. Sie wurden vom »SS-Führungsstab A 8« unter Leitung des SS-Untersturmführers Kurt Glaser aus den Konzentrationslagern geholt und in dem neu entstehenden Natzweiler Außenlager-Komplex bei Neckarelz untergebracht.

So wurde im März 1944 das KZ Neckarelz I in der Grundschule des gleichnamigen Dorfes mit zunächst 500 Häftlingen errichtet und stetig dichter belegt. Das Lager Schule bildete das Verwaltungszentrum des Komplexes, der sich im Frühjahr durch die jeweils über 1000 Mann starken Nebenlager Neckargerach (April) und Neckarelz II (Alter Bahnhof) erweiterte. Als dann ab Juli 1944 die Maschinen von Genshagen in den (halbfertig) umgebauten Stollen gebracht wurden, mussten die rund 3 000 jeweils in der Region präsenten KZ-Häftlinge (die Gesamtzahl lag höher, nämlich bei über 5100 Männern) für die mitverlagerten Arbeiterinnen und Arbeiter, deren Zahl auf über 4300 anstieg, auch Unterkunftsbaracken bauen. Die Verlagerung zweier Hallen der »Flugmotorenwerke Genshagen« aus Ludwigsfelde bei Berlin, die das Werk »Goldfisch« der Daimler-Benz AG in Obrigheim am Neckar bildeten, vollzog sich ab Juli 1944. Etwa 500 »Gefolgschaftsangehörige« als deutsche Stammebelegschaft wurden in Privatquartieren in der Region Mosbach untergebracht, etwa 3 000 Zwangsarbeiter mussten in unzureichend ausgestatteten Baracken die Zeit verbringen, die neben der zwölf-stündigen Schichtarbeit verblieb. Die werkseitigen Planungen gingen von 7 500 Barackenplätzen aus, von denen im Januar 1945 über 6 000 als bezugsfertig gemeldet wurden. Wie viele Zwangsarbeiter tatsächlich verlagert wurden, lässt sich nur teilweise rekonstruieren. Zum 31. 3. 1945 erfolgte eine »Listenabmeldung der Gefolgschaftsmitglieder der Firma Goldfisch G.m.b.H.« mit 4 343 Namen.³⁹

Nach der Evakuierung des Stammlagers Natzweiler entstanden ab September 1944 als weitere Standorte die Lager in Asbach (geplant für 1400 Zwangsarbeiter, realisiert etwa 140 Plätze, die mit KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern belegt waren), Neckarbischofsheim (geplant für 1000 KZ-Häftlingen, realisiert eine Baracke, die mit 100 KZ-Häftlingen belegt war) und Bad Rappenau (mit 50 – 150 KZ-Häftlingen belegtes umgebautes Haus).⁴⁰ Von den heute bekannten über 5100 KZ-Häftlingen waren etwa 4200 »politische« Häftlinge, 426 »Arbeitszwang Ausland«, 118 »Kriminelle/BVer«, 39 »Asoziale«, 40 Russische Kriegsgefangene, 39 NN-Häftlinge, 150 Juden, über 70 Sinti und Roma, 4 Bibelforscher, 12 Homosexuelle, 4 »Sonderaktion Wehrmacht«.⁴¹

Die Logik der Verlagerungen: Thesenbildung und offene Fragen

Welche Gründe, welche Logiken stecken hinter den verschiedenen Verlagerungsprozessen nach dem Ende des Stammlagers Natzweiler? Sind überhaupt Logiken erkennbar?

Hier tut sich ein neues Forschungsfeld auf; bisher gibt es wenig Systematisches. In den letzten Jahren konzentrierte sich die Forschung eher auf den Nachweis der »Vielköpfigkeit«⁴² des Lagers Natzweiler, da die Bedeutung der Außenlager lange Zeit quantitativ wie qualitativ unterschätzt worden war.⁴³

Zu unterscheiden sind zunächst zwei verschiedene Aspekte der Verlagerung: die der Häftlinge und die der Kommandantur.

Im Zuge der Evakuierung des Stammlagers Natzweiler-Struthof wurde die Mehrzahl der im September 1944 dort befindlichen Häftlinge ins KZ Dachau verbracht und dort auch registriert. Robert Steegmann nennt als Gesamtzahl 5517 Menschen. Aber dann übernahm »Natzweiler« ein Fünftel der Häftlinge wieder, und zwar in die rechtsrheinischen Außen-



Karte mit Außenlager-
standorten, angefertigt
von Georg Fischer und
Christina Herr

lager.⁴⁴ Möglicherweise hat das mit einer beginnenden Überlastung des Lagers Dachau oder der Einschränkung der Kommunikationsfähigkeit durch die Kriegsergebnisse zu tun. Die Folge war, dass diese – überwiegend im heutigen Baden-Württemberg gelegenen – Außenlager eine bedeutende Ausweitung erfuhren. Es wurden sowohl bestehende Außenlager belegungsmäßig vergrößert⁴⁵ als auch neue Lager geschaffen. Bei der Auflösung der im Elsass und in Lothringen gelegenen linksrheinischen Außenlager wurden auch Häftlinge direkt, ohne den »Umweg« über Dachau, in rechtsrheinische Außenlager überstellt.⁴⁶ Allerdings speist sich die Vergrößerung der Lager auf der rechten Rheinseite auch durch Häftlingstransporte aus dem Osten.⁴⁷

Die Beibehaltung des Gesamtnamens »Natzweiler« für die noch bestehenden Außenlager kann praktische Gründe (Nummerierung) gehabt haben; vielleicht greift auch eine psychologische Erklärung, weil man sich seitens des WVHA die Preisgabe und den Verlust des einzigen linksrheinischen Stammlagers – außer Herzogenbusch in den Niederlanden – so lange wie möglich nicht eingestehen wollte.

Diese »Ostverschiebung« des Lagers »Natzweiler« in seine Außenlager auf der rechten Rheinseite ist vermutlich gespeist von der Hoffnung, die Alliierten an der Überschreitung des Rheins hindern zu können. Damit verknüpft sind sicherlich rüstungspolitische Überlegungen. Denn als sich die Westfront dem Elsass näherte, wurden die Häftlinge von den dort begonnenen Rüstungsproduktionsprojekten in solche »verschubt«, die rechtsrheinisch bestanden oder begonnen wurden. Zu konstatieren ist jedenfalls, dass die SS die Häftlinge aus einem Gebiet von bis zu 50 km westlich des Rheins in eines von 50 km östlich des Rheins wieder »in die Produktion« bzw. in den Ausbau der entsprechenden Stätten verbrachte: Häftlinge kamen in den Lagerkomplex »Wüste« (Treibstoffgewinnung aus Ölschiefer) und zum Stollenausbau in Salz- und Gipsformationen zwecks Untertage-Verlagerung von Rüstungsproduktion am unteren Neckar (Heilbronn-Neckargartach, Kochendorf und Obrigheim).


No. 318

No. 17585

KL: Sachsenhausen

Häftlings-Personal-Karte

Fam.-Name: <u>SCHULTZ</u>	Oberstellt	Personen-Beschreibung:
Vorname: <u>Walter, Conrad</u>	am: <u>4.8.40</u> an KL:	Größe: <u>172</u> cm
Geb. am: <u>4.5.06</u> in: <u>Berlitz (Danzig)</u>	<u>Dachau</u>	Gestalt: <u>uniersetzt</u>
Stand: <u>ledig</u> Kinder: <u>keine</u>	am: <u>21.6.41</u> an KL:	Gesicht: <u>oval</u>
Wohnort: <u>Antwerpen, Belgien</u>	<u>Natz</u>	Augen: <u>blau</u>
Strasse: <u>Schippersstraat 48</u>	am: <u>1.5.44</u> an KL:	Nase: <u>norm</u>
Religion: <u>PK</u> Staatsang: <u>F.S. Danzig</u>	<u>Pachau</u>	Mund: <u>norm</u>
Wohnort d. Angehörigen:	am: <u>20.12.44</u> an KL:	Ohren: <u>norm</u>
<u>John W. Schultz, 194 Union Str.</u>	<u>Na-Neckarelz</u>	Zähne: <u>vollständig</u>
<u>Artists Market 5.1.77.7. - 1944</u>	am: _____ an KL:	Haare: <u>blau</u>
Eingewiesen am: <u>15.8.38</u> in: <u>KOLAPU</u>	am: _____ an KL:	Sprache: <u>dt., poln., engl., russ., schwed., serb., ital.</u>
durch: <u>Stapel Hamburg Hf. P.</u>	am: _____ an KL:	Bes. Kennzeichen: <u>tatowiert</u>
in KL: <u>3nn 15.8.39</u>	Grund: <u>hochverrät., spanienkämpf.</u>	Op. Karte a. re. Bauchseite
Grund: <u>Verf. a. Spionage u. Landesverrat.</u>	Vorstrafen: _____	Charakter:
Entlassung: _____	am: _____ durch KL:	Sicher:
mit Verfügung v.:		Körper:
Strafen im Lager:		
Grund:	Art:	Bemerkung:



Rechts: Häftlingskarte von Walter Conrad Schultz. Unten: Conrad Schultz mit ca. 60 Jahren. Abbildungen: Familienbesitz, Kopien im Archiv der KZ-Gedenkstätte Neckarelz



Was die Kommandantur betrifft, so kann angenommen werden, dass die Verlagerung nach Guttenbach mit der bereits erprobten lokalen Infrastruktur und der guten Zusammenarbeit mit örtlichen Behörden im Rahmen des Außenlager-Komplexes um Neckarelz zusammenhängt; auf WVHA-Ebene auch mit der Hochrangigkeit von »A8« als SS-Sonderbauvorhaben, das besonderer Geheimhaltung unterlag und in einer eigenen Gestapo-Außenstelle Spionageabwehr betrieb.⁴⁸ Zudem war A8 oder »Goldfisch« das einzige von Kammlers »A«-Projekten, für das zum Zeitpunkt der Kommandatur-Verlagerung noch keine Evakuierung geplant war.⁴⁹ Ein weiterer Hinweis darauf ist der Umstand, dass der im Februar 1945 in Guttenbach zum Rapportführer bestellte SS-Hauptsturmbannführer Franz Hofmann von Mai 1944 bis Oktober 1944 Kommandant der »Neckarlager« gewesen war. Festzustellen sind partielle Vermischungen der Strukturen von Haupt- und Nebenlager, die noch zu untersuchen sind. Denn auch Büros in Neckarelz waren in übergreifende Aufgaben eingebunden; so wurde mit Wirkung vom 15. November 1944 Neckarelz zur »Poststelle KL Natzweiler (Bearbeitung der Häftlingspost)« bestimmt.⁵⁰ Zumindest vorübergehend übernahmen auch lokale Gestapo-Beamte, etwa Willy Schmidt in Neckarelz, für mehrere Natzweiler Außenkommandos Aufgaben der politischen Abteilung, so zum Beispiel die Vernehmung von Häftlingen des KZ Heilbronn-Neckargartach.⁵¹ Trotz des Verlustes des Hauptlagers und einer Phase der vor allem geografischen Reorganisation erlebte das System des »KL Natzweiler« nochmals für einige Monate eine regelrechte Glanzzeit. Dazu trug einerseits die feste Grenze des Rheins bei, andererseits aber auch die militärische Disziplin und das organisatorische Geschick des Kommandanten Hartenstein.⁵² Straff wickelte er die Evakuierung des Hauptlagers und, trotz mancher Pannen, der linksrheinischen Außenlager ab. Über 15 Außenlager – wobei ein Großteil

schon vorher geplant war – wurden neu eröffnet, zahlreiche Häftlingstransporte organisiert und dabei mindestens nochmals 17.345 Häftlinge⁵³ ins KL Natzweiler übernommen.

Genauer zu untersuchen wäre das Verhältnis von Zentralität und Dezentralität in diesem System, das die Autoren »Natzweiler am Neckar« genannt haben.

Angesichts der Reorganisation und Ausweitung des KL Natzweiler spricht Robert Steegmann von einer »Flucht nach vorne«, auf Seiten der SS möglicher Weise geleitet von der Überzeugung, dass die Produktivkraft des KZ-Systems den Lauf der Ereignisse noch beeinflussen könne.⁵⁴

Das Ende des »KZ-Komplex Neckarlager«

Die Auflösung des KZ-Komplexes Neckarlager (bezogen sowohl auf die Nebenlager wie die Kommandantur-Strukturen) vollzog sich im Laufe des Monats März 1945. Die US-Armee hatte den Rhein überschritten, der Daimler-Benz-Konzern stoppte Produktion und Maschineneinlagerung im Stollen. Die Zwangsarbeiter wurden in den Raum Stuttgart verbracht oder sich selbst überlassen. Die KZ-Häftlinge sollten nach Dachau evakuiert werden, nur ein Teil kam dort wirklich an. Über 800 nicht mehr gehfähige Gefangene gerieten in einem Transportzug zwischen die Fronten und wurden nach mehrtägiger Irrfahrt bei Osterburken, nur 30 km von Neckarelz entfernt, von den amerikanischen Truppen befreit.

»Natzweiler am Neckar«, also die Kommandantur in Guttenbach, bestand nach Aussagen des dort beschäftigten Häftlings Walter Conrad Schultz bis 22. März 1945. Schultz gelang bei der Evakuierung die Flucht, er kam später nach Guttenbach zurück und händigte der amerikanischen Militärpolizei die während seiner KZ-Zeit gesammelte Dokumente aus.⁵⁵ Nach Aussagen eines anderen Häftlings wurde »die Kommandantur ... nach Stuttgart verlegt. Von Stuttgart aus ging es dann nach Dürmendingen im Saulgau.«⁵⁶

Während zum Ende der »Neckarlager« zahlreiche Berichte von Zeitzeugen vorliegen, gibt es über den weiteren Verbleib der Kommandantur und vor allem der dort aufbewahrten Dokumente (oder deren mögliche Vernichtung) nur vage Angaben. Ob diese Lücke quellenmäßig noch geschlossen werden kann, muss offen bleiben.

Komplexes Erinnern am Neckar: alte und neue KZ-Gedenkstätte Neckarelz

Seit 1998 besteht auf dem Gelände der Grundschule von Neckarelz, die 1944/45 als »Konzentrationslageraußenkommando Neckarelz des KL Natzweiler« zweckentfremdet genutzt worden war, eine Gedenkstätte, die im öffentlichen Leben der Region angekommen ist und als ehrenamtlich betreuter Erinnerungs- und Lernort das jahrzehntelange Schweigen über die »Neckarlager« beendet hat.

Baumängel des Gebäudes erfordern nunmehr eine Neuerrichtung der KZ Gedenkstätte Neckarelz. Sie wird im leer stehenden Gebäude der früheren Comenius-Förderschule entstehen, direkt am Schulhof, der 1944/45 Appellplatz war.

Der Verein KZ-Gedenkstätte Neckarelz hat ein wissenschaftlich, museologisch und gedenkstättenpädagogisch fundiertes Konzept erarbeitet, das auf der Arbeit und Erfahrung der vergangenen 11 Jahre aufbaut. In dieser Zeit gab es zahlreiche Veröffentlichungen; jährlich rund 2 000 Besucher werden gezählt. Das Konzept, die Kompetenzen und die Gedenkstättenarbeit sind inzwischen öffentlich anerkannt und begründen die finanzielle Beteiligung der Stadt Mosbach – zu der Neckarelz heute als Stadtteil gehört – am geplanten Umbauprojekt.

Die neue Gedenkstättenkonzeption ist dem gesamten »KZ-Komplex Neckarlager« gewidmet, also den Außenlagern um das Verwaltungszentrum Neckarelz I, aber auch dem Gebilde »Natzweiler am Neckar«, somit der Verlagerung der Kommandantur- und SS-Verwaltungsstrukturen nach Guttenbach und Binau (auf einer zweiten Ebene hat die Rede vom »Komplex« im Sinne einer Verdrängungsgeschichte auch einen psychologischen Sinn). Damit knüpft die Gedenkstätte in Neckarelz genau an dem Punkt an, an welchem die Dauerausstellung im Lagermuseum der heutigen französischen nationalen Gedenkstätte »Struthof« endet. Auch das Stammlager selbst sowie der mit »Ostverschiebung« umschriebene Prozess der Verlagerung der Außenlager auf das rechte Rheinufer sowie ihre dortige Erweiterung sollen museografisch fassbar gemacht werden.

Für den auf insgesamt 500 000 Euro geschätzten Umbau wird von der Stadt ein Antrag auf Finanzmittel aus einem europäischen Förderprogramm gestellt. Weitere Gelder sollen aus weiterer öffentlicher Förderung, Spenden von Privatpersonen und Firmen, Eigenmitteln sowie auch einer hohen arbeitsmäßigen Eigenleistung des Vereins »KZ-Gedenkstätte« aufgebracht werden (Nähere Informationen zur Gedenkstätte und zum Bauprojekt unter www.kz-denk-neckarelz.de).

Zum ersten Mal in Deutschland wird damit ein »Stammlager beim Außenlager« in komplexer historischer Schichtung museografisch erzählt; die KZ-Gedenkstätte Neckarelz erhält somit neben der regionalgeschichtlichen eine nationale und – durch die Kooperation mit dem *haut-lieu de mémoire* Struthof in Natzwiller/Frankreich – zusätzlich eine internationale Dimension.

Georg Fischer, Dr., freiberuflich tätiger Erwachsenenbildner, ehrenamtliches Vorstandsmitglied des Vereins KZ-Gedenkstätte Neckarelz

Arno Huth, Heilerziehungspfleger, ehrenamtliches Vorstandsmitglied des Vereins KZ-Gedenkstätte Neckarelz

Dorothee Roos, Historikerin, ehrenamtliche 1. Vorsitzende des Vereins KZ-Gedenkstätte Neckarelz.

- 1 Die nationalsozialistische Terminologie spricht üblicher Weise von »KL«; die Autoren verwenden, wenn die heutige wissenschaftliche Perspektive angewandt wird, die Abkürzung »KZ«.
- 2 Eine übersichtliche Zusammenfassung des Phasenmodells findet man in Awosusi/Pflock: Sinti und Roma im KZ Natzweiler-Struthof. Anregungen für einen Gedenkstättenbesuch, Heidelberg 2006, S. 5 ff.
- 3 So formuliert Edith Raim in ihrer Rezension von Robert Steegmann, *Le Struthof. Le KL Natzweiler et ses kommandos*. Strasbourg 2005, in: *sehепunkte* 5, 2005, Nr. 10; URL: www.sehepunkte.de/2005/10/9255.html (1. 3. 09)
- 4 Grundlegend *zm Lager: Steegmann: Struthof. Le KL Natzweiler et ses kommandos*. Strasbourg 2005
- 5 vgl. zur Evakuierung Steegman, Artikel *Natzweiler-Stammlager*, in: Benz/Distel, *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, München 2007, Bd. 6, S. 40 ff.
- 6 zu diesem Datum vgl. Awosusi/Pflock, S. 27
- 7 Steegmann, *Natzweiler-Stammlager*, in Benz/Distel, Bd. 6, S. 42
- 8 Selbstverständlich taucht diese Formulierung in keinem historischen Dokument auf. Sie ist eine heutige, pointierte Zuschreibung.
- 9 Vgl. Glauning, *Entgrenzung und KZ-System*. Berlin 2006, S. 152
- 10 ebenda.
- 11 Glauning, *Entgrenzung* S. 156/157
- 12 Steegmann, *Natzweiler-Stammlager* in Benz/Distel Bd. 6. S. 42
- 13 vgl. Interview Heiny Halsdorf, * 1919, Häftling KZ Natzweiler 3789, am 22.11.1944 nach Neunkirchen verlagert. Archiv der KZ-Gedenkstätte Neckarelz.
- 14 Glauning, *Entgrenzung*, Anm. 126
- 15 Steegmann, *Struthof*, S. 210

- 16 vgl. Steegmann, Struthof, S. 36
- 17 Glauning, Entgrenzung, S. 151
- 18 Ziegler, Mitten unter uns. Natzweiler-Struthof: Spuren eines Konzentrationslagers. Hamburg 1986, S. 266
- 19 ebenda
- 20 abgebildet in Ziegler, Mitten unter uns, S. 267
- 21 Steegmann, Natzweiler-Stammlager, in: Benz/Distel Bd. 6, S. 42
- 22 ebenda
- 23 Glauning, Entgrenzung, S. 151
- 24 Glauning, Entgrenzung, S. 225
- 25 Steegmann, Struthof, S. 333
- 26 Steegmann, Struthof S. 330
- 27 Steegmann, ebenda
- 28 Glauning, Entgrenzung, S. 252
- 29 Zeitzeugenaussage, zitiert bei Ziegler, Mitten unter uns, S. 262
- 30 Zu Wochner siehe Steegmann, Struthof, S. 36 und S. 335
- 31 BA Berlin, NS 4 Na, Nr. 93 bis 98 (Amerik. Sign. EAP 164-a-12/2 ff). Konzentrationslager Natzweiler.
- 32 Laut dem Erlebnisbericht von François Kozlik (Der Berg des Grauens, Strasbourg 1945, S. 43) gelang zwei der 16 Häftlinge, die am 22.11.1944 vom Hotel Struthof aus evakuiert wurden, die Flucht. »Diese sechzehn setzten sich wie folgt zusammen: vier Mann SS-Küche, zwei Autogarage, ein Schreiner, ein Schuhmacher, drei Schreiber, ein Schreiber der Verwaltung, ein Elektriker, ein Pfleger, ein Kalfaktor, ein Friseur. Nationalitätenweise waren wir sieben Luxemburger, sieben Reichsdeutsche, ein Lothringer, ein Österreicher.«
- 33 Zum Jägerstab vgl. Markowitsch/Rautnig, Goldfisch und Zebra. Das Konzentrationslagerkommando Neckarelz, Elztal 2005, S. 28–38
- 34 Diese lange geplanten strategischen Bombardements galten der deutschen Lufttrüstung: 28 Flugzellen- und Flugzeugmotorenwerke sowie 9 urbane Standorte von Zulieferindustrien wurden mit heftigen Einsätzen angegriffen. Die Folge war ein Einbruch in Produktion und Planung. Vgl. hierzu Markowitsch/Rautnig, Goldfisch und Zebra S. 28 f.
- 35 vgl. Markowitsch/Rautnig, Goldfisch und Zebra, S. 39
- 36 hierzu Sellier, André: Zwangsarbeit im Raketentunnel. Lüneburg 2000.
- 37 Wichert, H.W. (Hg.): Decknamenverzeichnis deutscher unterirdischer Bauten, Ölanlagen, chemischer Anlagen und Wifo-Anlagen des zweiten Weltkrieges. Marsberg 1993
- 38 Organigramm bei Markowitsch/Rautnig, Goldfisch und Zebra, S. 52.
- 39 ITS Arolsen, AFN/K-NKZ-Formblattlisten (neu) amerikanische Zone, LK Mosbach, Ord. 141.
- 40 Zu den einzelnen Lagern vgl. Benz/Distel, Der Ort des Terrors, Band 6, S. 48 ff, 51 ff, 135 ff, 141 ff, 147 ff, 150 ff. ebenso: Markowitsch/Rautnig, Goldfisch und Zebra, sowie Fischer/Herr: KZ-Komplex Neckarlager, 2. erw. Auflage, Mosbach- Neckarelz 2006 (CD)
- 41 vgl. Huth/Fischer: Polnische Zwangsarbeiter im Elzmündungsraum. Neckarelz 2007
- 42 Vgl. Robert Steegmann, Struthof, S. 101 ff (L'Éclatement: vers un camp multicéphale)
- 43 Der Bedeutung der Außenlager wird insbesondere bei Benz/Distel, Bd. 6 Rechnung getragen, wo die Darstellung des Stammlagers 24 Seiten, die der Außenlager 142 Seiten umfasst.
- 44 Vgl. Steegmann, Artikel Natzweiler-Stammlager, in Benz/Distel Bd. 6, S. 42
- 45 Fischer/Huth: Slowenische Häftlinge in der Konzentrationslagern am unteren Neckar. Neckarelz 2004. Vgl. z.B. Opfermann, Artikel Schömberg in Benz/Distel, Bd. 6, S. 164
- 46 Vgl. z.B. Steegmann, Artikel Markirch (Sainte-Marie-aux-Mines) in Benz/Distel, Bd. 6, S. 130
- 47 vgl. z.B. Glauning, Artikel Bisingen in Benz/Distel, Bd. 6, S. 59, Wein/Mall/Roth, Artikel Hailfingen ebenda, S. 100
- 48 Vgl. Markowitsch/Rautnig, Goldfisch und Zebra, S. 49: »Entgegen der üblichen Konzentrationslagerorganisation, die die Institution der Politischen Abteilung nur im Stammlager vorsah, wurden für alle Kammler'schen Sonderbauvorhaben ein Mitglied der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) zur Abwehr von Spionage und Sabotage abgestellt.«
- 49 Vgl. Markowitsch/Rautnig, Goldfisch und Zebra, S. 105.
- 50 Kommandanturbefehl 8/44 vom 17.10.1944: »Die Teil-Poststelle in Neckarelz übernimmt SS-Strm. [Sturmann] Nikolaus Brunner mit SS-UScha. [Unterscharführer] Kretschmar, SS-UScha. Edmund Hofmann, SS-Rttf. [Rottenführer] Peissler (?) [Was bedeutet das ? ?, Bitte auflösen!], SS-Schtz. [Schütze] Huber. Die Kommandoführer sind dafür verantwortlich, dass sämtliche Häftlinge mit Natzweiler Nummern versehen werden. Die Häftlinge sind anzuhalten, ihre Angehörigen zu verständigen, künftig die Häftlingspost an die Poststelle des KL Natzweiler nach Neckarelz in Baden zu adressieren. Dienstpost ist weiterhin an Kommandantur KL Natzweiler zu richten. Hartjenstein. SS-Sturmbannführer und Kommandant.« (Barch B 162/419 AR-Z 188/76 Kopie aus Sammlung USA Film 4).
- 51 Vgl. Glauning, Entgrenzung, S. 153, Heinz Risel: KZ in Heilbronn, Nordheim 1987, Dokumente S. 39, S. 151.

- 52 Vgl. Steegmann, Struthof, S. 329, S. 331
 53 Vgl. Steegmann, Struthof, S. 103 (Steegmanns Berechnungen von 52 000 Häftlingen des KL Natzweiler lassen eher auf rund 20 000 ab September 1944 schließen.)
 54 Vgl. Steegmann, Struthof, S. 102: »..dans une fuite en avant peut-être guidée par la conviction que les forces de production du système concentrationnaire peuvent peser sur le cours des événements »
 55 Handgeschriebener Lebenslauf von W.C. Schultz, als Kopie im Archiv der KZ-Gedenkstätte Neckarelz
 56 Zitiert nach Ziegler, Mitten unter uns, S. 262. Der Name der Ortschaft lautet richtig »Dürmentingen«.

Literatur

- Awosusi, Anita/Pflock, Andreas: Sinti und Roma im KZ Natzweiler-Struthof. Anregungen für einen Gedenkstättenbesuch. Heidelberg 2006
 BA Berlin, NS 4 Na, Nr. 93 bis 98 (Amerik. Sign. EAP 164-a-12/2 ff).
 Konzentrationslager Natzweiler
- Benz, Wolfgang/Distel, Barbara: Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 6, München 2007
- Dossier »Walter Conrad Schultz«, Archiv der KZ-Gedenkstätte Neckarelz
- Fischer/Huth: Slowenische Häftlinge in der Konzentrationslagern am unteren Neckar. Neckarelz 2004.
- Fischer, Georg/Herr, Christina: KZ-Komplex Neckarlager, 2. erw. Auflage, Mosbach-Neckarelz 2006 (CD)
- Glauning, Christine, Entgrenzung und KZ-System. Das Unternehmen »Wüste« und das Konzentrationslager in Bisingen 1944/45. Berlin 2006
- Glauning, Christine, Artikel Bisingen, in Benz/Distel, Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager Bd. 6, S. 55–63
- Huth/Fischer: Polnische Zwangsarbeiter im Elzmündungsraum. Neckarelz 2007
- Kozlik, François: Der Berg des Grauens, Strasbourg 1945
- Markowitsch/Rautnig, Goldfisch und Zebra. Das Konzentrationslagerkommando Neckarelz. Herausgegeben von der KZ-Gedenkstätte Neckarelz. Neckarelz 2005
- Opfermann, Immo: Artikel Schömberg in Benz/Distel, Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 163–167
- Raim, Edith: Rezension von Robert Steegmann, Struthof. Le KL Natzweiler et ses kommandos. Strasbourg 2005, in: sehepunkte 5, 2005, Nr. 10; www.sehepunkte.de/2005/10/9255.html (1.3.09)
- Risel, Heinz: KZ in Heilbronn. Nordheim 1987
- Sellier, André: Zwangsarbeit im Raketentunnel. Lüneburg 2000.
- Steegmann, Robert: Struthof. Le KL Natzweiler et ses kommandos: une nébuleuse concentrationnaire des deux côtés du Rhin. Strasbourg 2005
- Steegmann, Robert: Artikel Markkirch (Sainte-Marie-aux-Mines) in Benz/Distel, Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 128–130
- Wichert, H.W. (Hg.): Decknamenverzeichnis deutscher unterirdischer Bauten, U-Bootbunker, Ölanlagen, chemischer Anlagen und WifO-Anlagen des zweiten Weltkrieges. Marsberg 1993
- Ziegler, Jürgen: Mitten unter uns. Natzweiler-Struthof: Spuren eines Konzentrationslagers. Hamburg 1986